

Mai 2018  
Das VPOD-Magazin erscheint 10-mal pro Jahr

## Die Gewerkschaft

Schweizerischer Verband des Personals öffentlicher Dienste

# VPOD



**1968**

Ein Gespräch mit Ueli Mäder über Anmassungen und autoritäre Antiautoritäre  
Marx, altes Haus! Gedanken zum 200. Geburtstag des Philosophen

# Mit dem VPOD Krankenkassenprämien sparen

Dank der Vereinbarung mit der Helsana-Gruppe profitieren VPOD-Mitglieder und ihre im gleichen Haushalt lebenden Familienangehörigen (Ehepartner/innen, Lebensgefährten/innen, Kinder sowie Eltern) von attraktiven Vergünstigungen und Vorteilen:

## Vereinbarung für die Marken Helsana und Progrès

**15% Vergünstigung auf den meisten  
Zusatzversicherungen dieser Marken**

**Partnerschaft mit dem führenden  
Schweizer Krankenversicherer**



Versicherte, welche bereits über eine dieser Marken der Helsana-Gruppe versichert sind, können die bisherige Krankenversicherung neu in der Vereinbarung mit der gleichen Deckung weiterführen.

### **Einzigste Änderung neben der tieferen Prämie:**

Der VPOD ist für das Prämieninkasso zuständig. Versicherten ausserhalb der Helsana-Gruppe vermitteln wir gerne eine Beratung und/oder Offerte.

### **Kontakt und weitere Informationen:**

Zentralsekretariat VPOD  
Postfach 8279  
8036 Zürich  
nicolas.wildi@vpod-ssp.ch  
Telefon 044 266 52 65



Das Bildungsinstitut der Gewerkschaften

# Digitalisierung? Weiterbildung!

**Eine Tagung von Movendo und SGB**

**Donnerstag, 28. Juni 2018 in Freiburg**

**Die Digitalisierung der Arbeitswelt schreitet voran: Das birgt Risiken und Chancen für die Arbeitnehmenden. Wie begegnen die Gewerkschaften diesen Herausforderungen?**

Digitalisierung fordert Weiterbildung. Die Qualifizierung der Menschen durch lebenslanges Lernen ist der Schlüssel für den gesellschaftlichen Fortschritt und einen sozialverträglichen Arbeitsmarkt. Die Tagung ist ein Kompass durch den schweizerischen Weiterbildungsdschungel, reflektiert die gewerkschaftlichen Positionen und formuliert die Anforderungen für eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik.

**Datum und Zeit:** Donnerstag, 28. Juni 2018, 9.00–16.30 Uhr

**Ort:** Freiburg, NH-Hotel

**Info/Anmeldung:** [www.movendo.ch](http://www.movendo.ch)

**Tagungsgebühr:** Gratis für Mitglieder von Garanto, Nautilus, SEV, syndicom, VPOD und Unia  
Nichtmitglieder: CHF 250.–

## Themen des Monats

- 5** **Als Versuchskaninchen ungeeignet**  
Die Vollgeld-Initiative wäre ein riskantes Experiment am lebenden Objekt
- 6–7** **Marx, altes Haus!**  
Vier Geburtstagsgrüsse an einen junggebliebenen 200-Jährigen
- 9** **«Lohngleichheit. Punkt. Schluss!»**  
Schöne Bilder vom 1. Mai, Edition 2018
- 11–15** **Dossier: Was war 1968?**  
Ueli Mäder, emeritierter Soziologieprofessor und aktiver «68er», über Nebenwidersprüche und Irrwege
- 16–17** **Serie: 100 Jahre Landesstreik**  
Folge 1: «Opfer des Würgeengels» – Zu Hunger und Kriegsmüdigkeit tritt die Spanische Grippe

## Rubriken

- 4** **Gewerkschaftsnachrichten**
- 8** **Aus den Regionen und Sektionen**
- 10** **Susi Stühlinger: Brautvater Koni**
- 18** **Wirtschaftslektion: Ältere im Nachteil**
- 19** **Wettbewerb: Jungverstorbene**
- 20** **VPOD aktuell**
- 21** **Hier half der VPOD: Umstrittene Zuständigkeiten**
- 22** **Solidar Suisse: Solidar bi de Lüt in Nepal**
- 23** **Menschen im VPOD: Michèle Dünki-Bättig zwischen Dorfleben und ETH**

### Redaktion/Administration:

Postfach 8279, 8036 Zürich  
Telefon 044 266 52 52, Telefax 044 266 52 53  
Nr. 4, Mai 2018  
E-Mail: redaktion@vpod-ssp.ch | www.vpod.ch  
Erscheint 10-mal pro Jahr



Christoph Schlatter  
ist Redaktor des VPOD-Magazins

## Ewige Wahrheiten

Mit diesem Heft beginnt – siehe Seiten 16/17 – eine Serie über den Landesstreik. 100 Jahre werden es im November sein, dass die Arbeiterschaft auch in der Schweiz genug hatte von Hunger, Krieg und Kriegsgewinnlern. Einige der Forderungen von 1918 betreffen die politische Partizipation. Die Teilhabe der Frauen gelang bekanntlich erst 1971. Schneller ging es mit der verlangten Proporzwahl: Schon 1919 wurde der Nationalrat nach diesem Verfahren gewählt.

Die Sozialdemokratie erhoffte sich von der Umstellung ein stärkeres Gewicht gegen den zuvor übermächtigen Freisinn, der damals auch 6 von 7 Bundesräten stellte. Das Erhoffte trat ein, aber nicht im gewünschten Ausmass. Die FDP stürzte tatsächlich ab, verlor 40 von bisher 103 Sitzen und stellte noch 60 von 189 Nationalräten. Die Katholisch-Konservativen, die späteren Christlichdemokraten, kamen auf 41 Mandate – minus 1. Die sozialdemokratische Fraktion wuchs von 20 auf 41 Köpfe. (Schmachvoll: Robert Grimm, der Führer des Landesstreiks, verlor seinen Sitz und konnte nur dank dem Verzicht eines Genossen nachrücken.) Die grösste Gewinnerin bei der Wahl 1919 war indes die BGB, die Bauern-, Gewerbe- und Bürgerpartei, die später zur SVP mutierte. Sie konnte statt bisher 4 nun 29 Nationalräte nach Bern schicken.

Ironie der Schweizergeschichte: Ausgerechnet die heutige Blocher-Partei verdankt ihr erstes Erstarren zumindest zu Teilen jenem Landesstreik, den Blocher noch heute als Versuch einer bolschewistischen Machtübernahme fehlinterpretiert. «Im Nachhinein konnten auch die damaligen Revoluzzer froh sein, dass ihr kommunistischer Umsturz nicht gelang. Denn es ist eine ewige Tatsache: Die Revolution frisst ihre Kinder», salbaderte Blocher im Albisgütli. Und noch ein Treppenwitz der Geschichte: Die neuen Kräfteverhältnisse im Parlament ebneten 1919 einem zweiten nicht-freisinnigen Bundesrat den Weg. Jean-Marie Musy ist mit «katholisch-konservativ» bei Weitem zu nett beschrieben: Er war reaktionär, antisozialistisch, gewerkschaftsfeindlich, asozial und unkollegial. Er verachtete die parlamentarische Demokratie und wandte sich in den 1930er Jahren offen dem Faschismus und dem Nationalsozialismus zu.

Im Verlauf des Zweiten Weltkriegs haben dann viele Bürgerliche die Lehren aus dem Ersten gezogen. Man wollte eine innenpolitische Konfrontation, wie sie 1918 stattgefunden hatte, vermeiden. 1943 – nach Stalingrad – war man sogar bereit, der SP einen Bundesrat zuzugestehen. Gewählt wurde Ernst Nobs, der 1919 wegen der Beteiligung am Landesstreik zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war. Man findet in der Geschichte eben kaum «ewige Wahrheiten», vielmehr ein ständiges Ringen um Teilhabe und Einfluss, das voll ist von irrwitzigen Wendungen. Und «ewig wahr» ist allenfalls, dass die, die grad untendurch müssen, hin und wieder genug haben von ihrem Joch.



### Steuervorlage 17: Weggeworfenes Geld

Als ob nichts gewesen wäre, wollen Bundesrat und Kantonsregierungen erneut die Gewinnsteuern für rund 200 000 Unternehmen massiv senken, obwohl von der Abschaffung der heutigen Steuerstatus nur rund 400 Firmen massgeblich betroffen wären. Diese generelle Senkung lehnt der SGB ab: Das ist zum Fenster hinausgeworfenes Geld. Allfällige Kosten der Reform müssen von den Firmen und den Aktionären getragen werden. SGB-Präsident Paul Rechsteiner wird deutlich: «Bei unveränderter Ausgangslage sähen wir uns am Schluss der Beratungen im Parlament gezwungen, unseren Gremien die Ergründung des Referendums vorzuschlagen.» | *sgb* (Foto: *ian6ooffi/Stock*)

### VPOD gegen Versicherungsspione

Der VPOD hat beschlossen, das Referendum gegen Versicherungsspione zu unterstützen. Bereits in der Vernehmlassung hat er sich vehement dagegen ausgesprochen, Sozialdetektiven mehr Kompetenzen zuzugestehen, als die Polizei sie besitzt. Die eidgenössischen Räte haben das Gesetz dann noch verschlimmert; es ist mit der heissen Nadel genäht und auch in den Augen von namhaften Rechtsprofessoren ein Unding. Empörend ist, dass die Versicherungen in Eigenregie Grundrechte ausser Kraft setzen können und dass sie auch auf Balkone und selbst in Schlafzimmer hineinspähen dürfen. Der Schutz der Privatsphäre gilt offenbar nur für die Reichen: Bei der Steuerhinterziehung, wo es nicht um Millionen, sondern um Milliarden geht, will man weiter nach dem Vertrauensprinzip verfahren... Den

Steuervorlage 17:  
Verschwendetes Geld.

Security-Branche:  
Prekäre Bedingungen.

unberechtigten Bezug von Versicherungsleistungen zu unterbinden, ist auch dem VPOD ein Anliegen. Dazu sind allerdings Polizei und Justiz da. | *slt*

### Bahn: Wettbewerb als Selbstzweck?

Der SGB kritisiert den Entscheid des Bundesamts für Verkehr, die Fernverkehrskonzession auf die beiden Bahnunternehmen SBB und BLS aufzuteilen. Das am dichtesten befahrene Schienennetz Europas eignet sich nicht für Experimente. Die Qualität im Schienenverkehr wird eben gerade *nicht* durch einen ruinösen Wettbewerb garantiert. Vielmehr sind einheitlicher Tarif und einheitlicher Takt nur im Zusammenspiel möglich – und mit den notwendigen Investitionen in Technologie und Personal. | *sgb/slt*

### EL-Kahlschlag = Referendum

Die Organisationen der «Allianz Ergänzungsleistungen» stellen klar: Wenn der vom Nationalrat verübte Kahlschlag bei den EL vom Ständerat nicht korrigiert wird, kommt das Referendum. Nicht nachvollziehbar ist namentlich der Nationalratsentscheid zu den anrechenbaren Mietzinsmaxima: Die Mieten sind seit 2001 um 24 Prozent gestiegen, und jetzt soll die Erhöhung marginal ausfallen und von den Kantonen ausgehebelt werden können. Die «Allianz Ergänzungsleistungen» umfasst SGB und VPOD sowie Travail Suisse, Behinderten-, Senioren-, Frauen- und Mieterorganisationen. | *slt*

### Alarm in privater Sicherheitsbranche

Eine Unia-Umfrage zeigt: Fast zwei Drittel der Beschäftigten in der privaten Sicherheitsbranche sind unzufrieden mit ihren Arbeitsbedingungen – kein Wunder bei einem Anfangs-Stundenlohn von 22.20 Franken (ohne 13. Monatslohn). Für die GAV-Verhandlung steht neben höheren Löhnen eine bessere Entschädigung von Nachtarbeit und Pikettdiensten oben auf der Liste. | *unia* (Foto: *iunderhill*)

### Politik der leeren Kassen bei der SDA

Die SDA-Leitung schüttet 12 Millionen Franken ans Aktionariat aus und entzieht dem Unternehmen damit die Mittel für eine nachhaltige Zukunft. Auch substantielle Verbesserungen des Sozialplans sind dadurch erschwert. Damit seien «Fakten zulasten des Personals» geschaffen, kritisiert die Syndicom. | *syndicom/slt*

### Bedenklicher BaZ-Tagblatt-Deal

Der Verkauf der *Basler Zeitung* an Tamedia ist aus Sicht der Syndicom ein Symptom für den besorgniserregenden Zustand des schweizerischen Mediensystems. Zwar kann man am Rheinknie aufatmen, weil die BaZ wieder blocherfrei ist. Dass der SVP-Milliardär im Gegenzug das *Tagblatt der Stadt Zürich* übernimmt, ist aber bedenklich. | *slt*

Am 10. Juni: Nein zur riskanten und kaufkraftschädigenden Vollgeld-Initiative

# Als Versuchskaninchen ungeeignet

**Die Vollgeld-Initiative verlangt eine grundlegende Reform des Schweizer Finanzsystems. Zwar enthält sie einige richtige theoretische Überlegungen – aber in der Praxis ist sie abzulehnen. Wegen unkalkulierbarer Risiken. Und weil sie die Kaufkraft angreift.** | Text: Daniel Lampart, SGB-Chefökonom (Foto: NiDerLander/iStock)

Die Vollgeld-Initiative würde das Schweizer Finanzsystem völlig umkrempeln. Nur noch die Nationalbank (SNB) soll neues Geld herstellen dürfen. Heute schaffen auch Geschäftsbanken einen Teil des Geldes, indem sie Gelder auf unseren Bankkonten weiterverleihen. Private Banken dürften gemäss Initiative selbst kein Geld mehr erzeugen, aber weiterhin Kredite vergeben und Konten führen. Diese Aufgabenteilung soll vor Finanzkrisen schützen. Ferner muss die Nationalbank, wenn sie die Geldmenge erhöhen will, das von ihr geschaffene neue Geld gratis («schuldfrei») an die Allgemeinheit ausschütten.

Auf dem Papier hat die Initiative ein paar Vorteile: Zahlungsverkehrskonten wären voll durch Nationalbankgeld abgesichert. Bankinsolvenzen, die entstehen, wenn alle Kunden gleichzeitig an ihr Geld wollen, gäbe es so nicht. (Allerdings gälte das nicht für Sparkonten. Und Bankencrashes aufgrund von Kreditkrisen sind weiterhin möglich.) Doch all das ist Theorie. Bisher hat noch kein einziges Land ein Vollgeld-System eingeführt, ein Praxistest steht aus. Das überrascht nicht: Ein derart totaler Systemwechsel wäre mit grossen Unsicherheiten verbunden, die Folgen ausgesprochen ungewiss. Würde die Schweiz ein Vollgeld-System einführen, wäre sie weltweit das Versuchskaninchen für diese Geldtheorie.

## Finanzielle Nachteile

Neben diesen enormen Unwägbarkeiten drohen für die Arbeitnehmenden und Pensionierten mit bescheidenen Vermögen grössere finanzielle Nachteile. Zahlungsverkehrskonten in Franken würden unter dem Vollgeld-Regime nicht mehr verzinst, weil das Vollgeld «schuldfrei» in Umlauf gebracht wird. Bei Inflation wird das Geld auf den Bankkonten daher entwertet. Damit das Vollgeld-System nicht umgangen wird, bräuchte es strenge Halte- bzw. Liquidationsfristen für Sparkonti. Einfach mal schnell ans Ersparte? Fehlanzeige. Sparkonti sind daher künftig nur noch für vermögendere Haushalte realistisch. Ins-

*Keine Experimente am lebenden Objekt: Nein zur Vollgeld-Initiative.*



besondere in Grenzregionen dürften daher Löhne und Einkäufe vermehrt in Euro bezahlt werden. Denn für den Euro gälten diese Beschränkungen ja nicht.

Die Initiative schreibt der Nationalbank vor, dass sie in erster Linie die Geldmenge steuern muss. Andere Ziele wie Vollbeschäftigung, Preis- oder Wechselkursstabilität wären untergeordnet. Doch die Schweiz hat mit der Geldmengensteuerung in der Vergangenheit schlechte Erfahrungen gemacht. Deshalb setzt die SNB heute vor allem auf die Zins- und die Wechselkurssteuerung. Eine solche Geldpolitik via Geldmenge wäre unter dem neuen Regime kaum mehr möglich – auch weil der Franken weltweit gehandelt wird. Durch diese Einschränkung der geldpolitischen Werkzeuge ergeben sich

grosse Risiken für Arbeitsplätze und Konjunktorentwicklung. Hinzu kommt, dass die Vollgeld-Initiative die Bundesaufsicht über die Nationalbank aus der Verfassung streicht.

## Fehler anders korrigieren

Die Gewerkschaften kritisieren die Fehler des Finanzsystems schon lange. Die Finanzkrise von 2008 war eine Folge verantwortungsloser Spekulation der Banken einerseits und zu lascher Kontrollen des Staates andererseits. Hier muss man anpacken, mit strengeren Regeln und engerer Überwachung. Was es nicht braucht: ein geldtheoretisches Experiment am lebenden Objekt mit ungewissem Ausgang. Denn wenn es schiefgeht, müssen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer die Zeche zahlen.

## Ja zum Geldspielgesetz

Der SGB und der VPOD sagen Ja zur Revision des Geldspielgesetzes. Es sorgt dafür, dass alle in der Schweiz aktiven Anbieter von Geldspielen Beiträge an die AHV leisten. Gleichzeitig stellt es sicher, dass der Reingewinn aus Lotterien und Sportwetten voll für gemeinnützige Zwecke verwendet wird. Das soll auch für jene gelten, die solche Spiele im Internet anbieten. Heute fliesst

viel Geld an Offshore-Casinos ab. Das Geldspielgesetz lässt Angebote im Internet zu, wenn die Regeln eingehalten werden. Casinos im Ausland, die nicht zur Zusammenarbeit bereit sind, können mit einer Netzsperrung belegt werden. Sowohl SGB-Vorstand als auch VPOD-DV fanden die Durchsetzung dieser Regeln wichtiger als ein vollkommen schrankenloses Internet. | vpod

Vor 200 Jahren geboren: Der Autor des «Kapitals» und Koautor des «Kommunistischen Manifests»

# Marx, altes Haus!

Karl Marx ist am 5. Mai 200 Jahre alt geworden. Aber wie ist es um seine Gesundheit bestellt? Hat er uns noch etwas zu sagen? Kann er uns helfen, die Fragen der Gegenwart zu beantworten? Gedanken von vier bekannten Kolleginnen und Kollegen. | Illustration: Ausschnitt aus einem Holzschnitt von Robert Diezrichs (1923–1995); Fotos: zVg.



## Rebekka Wyler: Zähne ausbeissen

«Proletarier aller Länder, vereinigt euch!» Fast alle kennen diesen Satz. Aber worum geht es da eigentlich? Gibt es heute noch «Proletarier»? Und wo bleiben die Frauen? Der Satz ist nicht deshalb interessant, weil er zur (für viele unverständlichen) Ikone geworden ist. Der Satz ist deshalb wichtig, weil er das Grundproblem der Linken auf den Punkt bringt: Die Lohnabhängigen aller Länder (und auch diejenigen eines Landes) schliessen sich nicht einfach so zusammen. Zumindest braucht es einen Aufruf – wahrscheinlich aber mehr. Und es haben auch nicht alle Lohnabhängigen identische Interessen. Für Marx und Engels war dies schon im 19. Jahrhundert klar: Die «Arbeiterklasse» ist eine komplexe, heterogene Angelegenheit. So trennt die berühmte «Kragenlinie» *Blue collars* von *White collars*. Auch Alter, Geschlecht und Herkunft dividieren die Lohnabhängigen auseinander. Und über die Landesgrenzen hinaus wird es noch viel schwieriger. Dies zeigt sich beispielhaft in den Betriebsräten multinationaler Konzerne. Die Überwindung von Barrieren – nur schon der Sprachbarriere – ist schwierig. Firmenleitungen versuchen, die Belegschaften gegeneinander auszuspielen, wenn es um die Verlagerung von Niederlassungen geht. Vielen Arbeitnehmervertretern (und Arbeitnehmerinnenvertreterinnen) ist in solchen Fällen das Hemd näher als die Jacke. Wen wundert's? Marx und Engels wunderten sich nicht, drum riefen sie auch auf: «Vereinigt

euch!» So ist denn auch ein weiterer Satz aus dem Kommunistischen Manifest – «Die Arbeiter haben kein Vaterland» – nicht als Feststellung, sondern als Analyse, vielleicht auch als Aufruf zu verstehen. Der Zusammenbruch der Zweiten Internationale im Ersten Weltkrieg zeigte schliesslich aufs Allerdeutlichste, dass der internationalistische Appell im Krisenfall nicht oder höchstens teilweise funktionierte. Daran hat sich wenig geändert. Und deshalb muss sich die Linke an dieser Frage weiterhin die Zähne ausbeissen – mit oder ohne Marx.

*Rebekka Wyler ist Co-Generalsekretärin der SP Schweiz (und Gemeinderätin in Erstfeld).*



## Katharina Prelicz-Huber: Gigantische Kraft

Ich bin weder eine profunde Kennerin von Marx, Lenin oder Mao noch wurde ich ideologisch geschult. Grosse Herren, die für sich die Macht beanspruchen, weil sie die richtige Lehre vertreten, sind mir suspekt. Ich halte nichts von Herrschern mit einem paternalistischen Staatsverständnis, auch nicht, wenn sie links stehen. Vielmehr bin ich überzeugt, dass die direkte Demokratie die beste der bekannten Staatsformen ist. Trotzdem wurde ich schon oft als Kommunistin bezeichnet und in früheren Zeiten nach «Moskau einfach» gewünscht. Im NZZ-Ranking bekam ich die Auszeichnung

der nach PdA-Mann Zisyadis linken Nationalrätin. Und das nur, weil ich schon als junge Frau – und heute noch immer – für Chancengleichheit, soziale Gerechtigkeit, gegen Armut und gegen Waffen kämpfe. Es ist für mich ein unerträglicher Skandal, dass weltweit weniger als 1 Prozent der Menschen mehr besitzen als der ganze Rest. Allein die 300 Reichsten der Schweiz könnten mit ihren 674 Milliarden locker die Beseitigung der ärgsten Armut finanzieren. Wir hätten genügend Güter, so dass alle angenehm leben könnten und niemand hungern müsste – doch dies lässt der ungezügelt Kapitalismus nicht zu. 150 Jahre nach Erscheinen des «Kapitals» geht es leider genau um dessen Themen. Marx erkannte die gigantische Kraft des Kapitalismus, der alte Machtstrukturen aufzubrechen vermochte und die Möglichkeit hätte, die ganze Welt reicher zu machen. Er benannte aber auch die Härten und prangernte die Ungleichheit an, die der Kapitalismus erzeugt, die Ausbeutung ganz unten und die Exzesse ganz oben. Marx sagte voraus, dass zwar wahnsinnige Reichtümer erzeugt, diese aber sehr ungerecht verteilt sein würden. Die Ungleichheit steigt. Zwar konnten in den letzten 150 Jahren auch für Lohnabhängige und auch für die Frauen einige Verbesserungen erreicht werden. Trotzdem ist die Marx'sche Kritik hochaktuell – und unser Kampf für soziale Gerechtigkeit, Chancengleichheit und einen starken Service public in einer gesunden Umwelt auch!

*Katharina Prelicz-Huber ist Präsidentin des VPOD.*

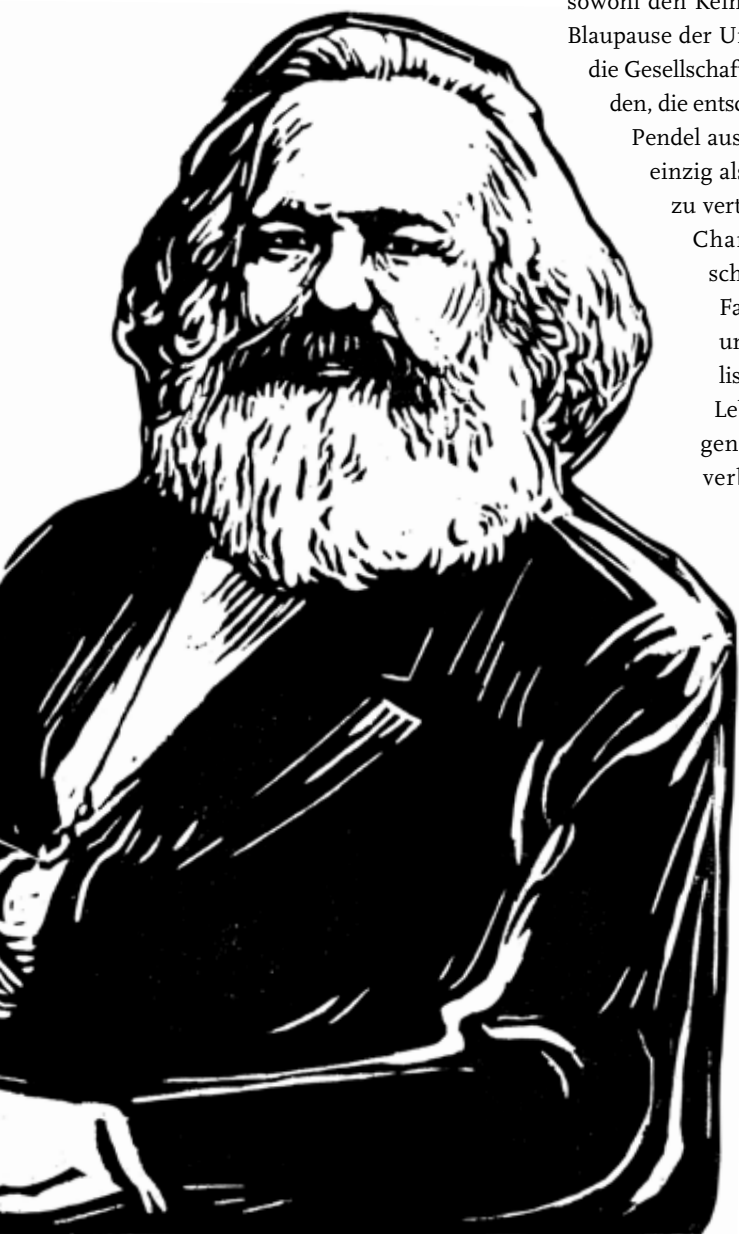
**Neuerscheinung:** Beat Ringger und Cédric Wermuth (Hrsg.): *MarxnoMarx. 26 Linke zur Frage, wie das Werk von Marx heute fruchtbar gemacht werden kann.* Zürich (Edition 8) 2018. 23 Franken. Erscheint im Juni.





### Martin Wyss: Pendelschläge

Die Digitalisierung durchdringt immer mehr Lebensbereiche. Auch die Arbeitswelt ist von der Umwälzung betroffen. Deren negative Folgen sind heute allgegenwärtig. Ganze Berufszweige werden durch Maschinen ersetzt, und die Entgrenzung der Arbeit führt



zu einem enormen Anstieg psychischer Erkrankungen. Neue prekäre Arbeitsformen werden gesellschaftstauglich, das Überwachungspotenzial nimmt beängstigende Formen an. Auch an so manchem Arbeitsplatz. Für eine Gewerkschaft wäre es daher naheliegend, die Digitalisierung zu bekämpfen. Doch neben den negativen Folgen erleben wir gleichzeitig auch, wie neue Arbeitsformen und Berufsbilder entstehen. Flexiblere Arbeitsmodelle werden möglich, wodurch im Optimalfall die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert und die Arbeit autonomer erledigt werden kann. Eine solche parallele Entwicklung beschreibt Marx in seinem Maschinenfragment. Der technische Fortschritt ist demnach weder gut noch böse. Er ist zwar immer in ein Gesellschaftssystem eingebettet, birgt aber gleichzeitig die Möglichkeit, dieses zu verändern. Die Digitalisierung trägt also sowohl den Keim der Freiheit wie auch die Blaupause der Unterdrückung in sich. Es ist die Gesellschaft, es sind wir Arbeitnehmenden, die entscheiden, auf welche Seite das Pendel ausschlägt. Die Digitalisierung einzig als Jobvernichtungsmaschine zu verteufeln, wäre eine verpasste Chance. Gerade wir Gewerkschaften dürfen nicht in diese Falle tappen, sondern müssen uns für eine gesteuerte Digitalisierung einsetzen, welche die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen tatsächlich verbessert. Die auf der Basis des technischen Fortschritts

erzielten Gewinne müssen zur Abfederung der negativen Folgen und damit für den sozialen Fortschritt eingesetzt werden. Genauso liegt es an uns, die Chancen der Digitalisierung für die Verbesserung der Arbeitswelt zu erkennen und zu nutzen. Und dieser Einsatz bleibt im Sinn von Marx auch heute untrennbar mit einer Kritik an der kapitalistischen Logik verbunden.

Martin Wyss ist VPOD-Regionalsekretär in der Zentralschweiz.



### Beat Ringger: Pflichtlektion

Warum wird 200 Jahre nach seiner Geburt landauf landab über das Werk von Karl Marx diskutiert? Dafür gibt es drei Gründe. Erstens: Marx ist eine Chiffre für die Infragestellung des Kapitalismus durch den Kapitalismus selbst, durch die Ungerechtigkeiten und Krisen, die dieser ständig (re-)produziert. Marx steht für die Unruhe, die die Menschen deshalb immer wieder aufs Neue ergreift. Zweitens: Marx steht für die Anmassung, den Kapitalismus als historische Epoche zu begreifen und überwinden zu wollen. Er steht für den «kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist» (Marx). Drittens: Marx hat die Sozialwissenschaften revolutioniert. Nichts Menschliches ist von Natur aus. Der konkrete Mensch wird, was er ist, im gesellschaftlichen Gewebe, in das er geworfen wird und das er selber beständig mit bearbeitet. Das Erbe von Marx ist allerdings belastet. So sehr alles, was wir gemeinhin unter Stalinismus zusammenfassen, Perversion dessen ist, was Marx wollte: Der Terror von Stalin, Mao und den Roten Khmer gehört zu den ersten – gescheiterten – Versuchen, den Kapitalismus zu überwinden. Die kritische Auseinandersetzung damit ist gerade für jene Pflicht, die an Marx anknüpfen. Dennoch: Solange das Kapital die Gesellschaften dominiert, solange bleibt Marx aktuell. Freiheit, und darum geht es am Ende, ist ein unteilbares Konzept. Und Freiheit von ökonomischer Ausbeutung, gesellschaftlicher Bevormundung und politischer Unterdrückung gibt es nur, wenn auch die Befreiung von den Zwängen der Kapitalverwertung eingeschlossen wird.

Beat Ringger war viele Jahre VPOD-Zentralsekretär und führt die Geschäfte des kritischen Thinktanks «Denknetz».



Recht auf Zeit und Schutz:  
Minderjährige Flüchtlinge.

Kündigungen an der EB Zürich:  
Der Kanton trickst.



## Viva Luzern: Aus dem Nichts, vor dem Nichts

Per Jahresende schliesst die Viva Luzern AG zwei ihrer vier Pflegewohnungen. Der Verwaltungsrat begründet den Entscheid ökonomisch. Trotzdem kam er für die 36 Betroffenen aus dem Nichts. Ob in den verbleibenden Monaten allen eine akzeptable Stelle angeboten werden kann, wie die Viva behauptet, muss sich weisen. Der VPOD befürchtet Kündigungen und verlangt einen Sozialplan. | *vpod*

## Schaffhausen: Stimmfreigabe zu Verkehrsbetrieben

Am 10. Juni wird sowohl in der Stadt als auch im Kanton Schaffhausen über die Zusammenführung der städtischen (VBSH) mit den regionalen (RVSH AG) Verkehrsbetrieben abgestimmt. Die beiden sollen in einer selbständigen öffentlich-rechtlichen Anstalt zusammenkommen. In einem anspruchsvollen Prozess hat der VPOD eine Lösung für künftige Arbeitsbedingungen sowie Übergangsregelungen ausgehandelt. Nichtsdestotrotz bleibt das Geschäft politisch umstritten. Die ausserordentliche Generalversammlung des VPOD Schaffhausen hat sich nach kontroverser Debatte für Stimmfreigabe entschieden. | *slt*

## Waadt: Warnstreik in Empfangszentren

Rund 50 Beschäftigte der Empfangszentren für unbegleitete minderjährige Asylsuchende (UMA) im Kanton Waadt haben im April mit einem Warnstreik auf die Ankündigung der Behörden reagiert, eine von vier Empfangsstellen ersatzlos zu schliessen. Die grosse Zahl von neuankommenden Flüchtlingen hatte die Empfangsstrukturen 2015 und 2016 aufs Äusserste gefordert. Die jetzige Schliessung erfolgt in einem Augenblick, wo erstmals seit Jahren eine gewisse Beruhigung eintritt und die eigentliche pädagogische Arbeit mit den Asylsuchenden überhaupt wieder möglich wird. Dass die Betroffenen und die sie Begleitenden auf diese Weise erneut in einen Krisenmodus geraten und dass die Regierung dies in Kauf nimmt, erscheint dem VPOD zynisch. | *vpod* (Foto: Jan Ehrenzeller/Keystone)

## Sozialplan bei der EB Zürich – ein Trauerspiel

Der Sozialplan, der vom Regierungsrat für die 65 (teil-)gekündigten Lehrpersonen der kantonalen Weiterbildungsschule EB Zürich verabschiedet wurde, enthält zwei unverdauliche Kröten. Zum einen wurden die Pensen von zahlreichen Betroffenen im vergangenen Jahr kurzfristig um etwa 15 Prozent gesenkt – just in dem Umfang, für den nach Auffassung des kantonalen Personaldienstes keine Änderungskündigung nötig und also auch keine Frist einzuhalten ist. Damit wurde die Berechnungsgrundlage für die Sozialplanleistungen gesenkt. Zum anderen wurde das Pensum von 19 Lehrpersonen auf 10 Stellenprozent – und damit unter das Pensionskassenminimum – gesenkt. Der Kanton Zürich spart an beiden Orten Geld zulasten der Gekündigten. Der VPOD prüft rechtliche Schritte. | *vpod* (Foto: Walter Bieri/Keystone)

## Kanton Bern: Unbelehrbare am Werk

Im Kanton Bern sind die Unbelehrbaren am Werk: Der Grosse Rat provoziert mit der geplanten Senkung der Unternehmenssteuern weitere Abbauprogramme, unter denen die «üblichen Verdächtigen» zu leiden haben werden. Der VPOD unterstützt daher das Referendum gegen das Steuergesetz. Ausserdem setzt er sich für den «Volksvorschlag für eine wirksame Sozialhilfe» ein, mit dem die unsägliche Kürzungskaskade in der Sozialhilfe gebrochen werden soll. Gemäss Plänen will der Kanton Bern die SKOS-Ansätze um 8 Prozent unterlaufen. | *vpod*

## Aargau: Kantonsschulreinerinnen wehren sich

Mit einem offenen Brief wehrt sich das Reinigungspersonal der kantonalen Schulen in Aarau, Wettingen und Wohlen gegen das Outsourcing an private Reinigungsfirmen – gemeinsam mit dem VPOD. Der Regierungsrat wird aufgefordert, das Auslagerungsprojekt zu stoppen oder zumindest zu einem Sozialplan Hand zu bieten. | *vpod*

## Stadt Bern: Keine Muttertagsgeschenke

Ebenfalls einen offenen Brief hat die Frauenkommission des VPOD Bern geschrieben. Darin wenden sich die Unterzeichnerinnen gegen das Vorhaben, den 8. März zu einem Feiertag für Frauen in der Stadtverwaltung zu machen. Das sei «rechtlich nicht haltbar» und «gleichstellungspolitisch äusserst problematisch». Ein symbolisches «Muttertagsgeschenk» bringe nichts zur Behebung der betreuungsbedingten Ungleichheit. Vielmehr sollen aus Sicht der VPOD-Frauen alle (unabhängig vom Geschlecht) mit einem zusätzlichen Freitagsentlastet werden, die Kinder oder Angehörige betreuen. | *slt*





## Der 1. Mai 2018

«Lohngleichheit. Punkt. Schluss!», lautete das knappe Motto des SGB für den Tag der Arbeit 2018, Edition 2018. In Winterthur forderte VPOD-Präsidentin Katharina Prelicz-Huber «griffige Massnahmen und deftige Sanktionsmöglichkeiten» gegen die anhaltend schreiende Ungerechtigkeit (links). In Zürich (oben) kroch eine stumm anklagende Schnecke (rechts) beim Umzug mit, die artuntypisch gegen die nasse Witterung durch einen Baldachin geschützt wurde. Auch aus Aarau (rechts) und Bern (unten) erreichte uns aussagekräftiges Bildmaterial von Demonstrierenden aller Altersgruppen. Nicht den Anschluss verlieren, junger Mann! | vpod (Fotos im Uhrzeigersinn von oben: slt; Laszlo Etesi; slt; Meret Schindler; zVg)



## EuGH entscheidet Gretchenfrage

Der Europäische Gerichtshof hat in einem deutschen Fall ein wegweisendes Urteil zur Antidiskriminierungsrichtlinie erlassen: Kirchliche Arbeitgeber dürfen nicht für jede Stelle die Religionszugehörigkeit der Stelleninhaberin verlangen. Zu beurteilen war der Fall einer konfessionslosen Sozialpädagogin, die sich für eine Stelle in der evangelischen Diakonie Berlins bewarb (und dafür auch gut qualifiziert war). Der Grund für die Absage, so vermutete die Frau, liege darin, dass sie nicht Mitglied der evangelischen Glaubensgemeinschaft sei, und klagte auf Diskriminierung. Der EuGH hat jetzt entschieden, dass die Konfession nur zur Bedingung gemacht werden kann, wenn sie für die Tätigkeit «objektiv geboten» ist – beziehungsweise wenn sie eine «wesentliche, rechtmässige und gerechtfertigte berufliche Anforderung angesichts des Ethos der Organisation» darstellt. Das heisst: Die Kirche muss keine atheistischen Pfarrer einstellen, kann aber vom Gärtner oder von der Ärztin eines konfessionellen Krankenhauses kein Bekenntnis verlangen. In Deutschland sind rund 1,3 Millionen Beschäftigte bei einer der beiden grossen Kirchen angestellt. Schon bisher waren sie nicht samt und sonders katholisch oder evangelisch; Abweichler aber waren bis dato die Ausnahme. Auch in Fragen des Arbeitsrechts wird der Sonderstatus der Kirchen in Deutschland zunehmend in Frage gestellt, namentlich von der Gewerkschaft Verdi. So kämpft Verdi vehement dagegen, dass die Kirchen ihrem Personal das Streiken verbieten dürfen. | slt (Foto: Hauninho/photocase.de)

Wie hast du's mit der Religion: Kirchen dürfen nicht von allen Mitarbeitenden ein Glaubensbekenntnis verlangen.



## Nachtarbeit: Gesundheit geht vor

Die Bahnstrecke Cornavin–Eaux-Vives–Annemasse, kurz CEVA, in Genf sollte Ende 2019 eröffnet werden, doch ist es beim Bau wegen gerichtlicher Einsprachen zu Verzögerungen gekommen. Mit Nachtarbeit sollte der Rückstand aufgeholt werden. Das Bundesverwaltungsgericht hat jetzt aber die entsprechende Bewilligung des Seco aufgehoben und damit einer Beschwerde der Unia Recht gegeben. «Es ist nicht an den Bauarbeitern, für die unrealistische Zeitplanung des Eigentümers oder der Unternehmen zu bezahlen», sagt Yves Mugny, Mitverantwortlicher Bauhauptgewerbe der Unia in Genf. Die Auswirkungen von Nachtarbeit auf Gesundheit und Sicherheit der Arbeitenden sind wissenschaftlich vielfach belegt. | slt

## Susi Stühlinger Brautvater Koni



Susi Stühlinger ist Autorin, Schaffhauser Kantonsrätin und Jusstudentin.

Eine Träne kullert ihr über die Wange ins Cüpli. Ich finde Hochzeiten einfach wundervoll, sagt Doris. Da bist du wohl so ziemlich die einzige hier, sagt Koni. Zustimmendes Gemurmel unter den Umstehenden. Man muss mit Leuten reden, die man aus Gründen jeweils nur an Hochzeiten trifft, sagt Mario. Man muss unbequeme Schuhe tragen, sage ich. Und am Ende sind alle betrunken, vor allem der Vater des Bräutigams, sagt Blanka.

Ich hasse Hochzeiten auch, sagt Bräutigam Lukas. Er und sein Partner Murat feiern eingetragene Partnerschaft. Das Wetter ist strahlend schön, die «Location», wie man das wohl nennt, umwerfend, im Park direkt am Fluss, auf Tablett wandern Sektgläser und kleine Blätterteiggebäcke herum, und mindestens die Hälfte der Anwesenden hat bei der Auswahl der Festgarderobe gekonnt ins Klo gegriffen.

Darf man überhaupt Hochzeitsfeier sagen, frage ich, immerhin ist das ja der grosse Skandal, dass die Sache mit der Ehe den Heteros vorbehalten bleibt. Ja, aber Ehe kommt ja gar nicht von Hochzeit, sagt Doris. Ehe kommt von ehe man sich's versieht, ist es schon zu spät, sagt Koni. Ist doch komplett egal, sagt der Bräutigam. Ich will keine Ehe für alle, ich will Ehe für niemanden. Ist eh ein total überkommenes Relikt. Aber so lange das Rechtssystem mich dazu nötigt,

mich förmlich an den Mann, den ich liebe, zu binden, damit er die Rechte erhält, die ihm zustehen, schlucke ich halt diese Kröte. Und wenn der Mann, den ich liebe, dann auch ums Verrecken so ein blödes Fest machen will, dann ist meine Liebe sogar grösser als meine Abneigung gegen solcherlei Feiern, sagt Lukas und prostet Murat zu. Koni winkt eine Kellnerin zu sich.

Der Abend plätschert dahin. Das Essen ist ganz hervorragend, die Band eine nackte Katastrophe, und Koni schwankt leicht, als er sich erhebt und mit dem Dessertlöffel ans Glas klimpert. Mein Sohn... hebt er an. Auweia, denke ich. Ich sehe, dass Lukas dasselbe denkt. Und Blanka. Und Mario. Und Doris. Murat indessen, dem grundsätzlich nie etwas peinlich ist, blickt verzückt gen Schwiegervater. Bitte nicht in Reimform, denke ich. ... mein Sohn, fährt Koni fort, ... mein Sohn, dann bricht er jäh ab und sackt in sich zusammen. Blanka schreit auf. Das Brautpaar stürzt auf Koni zu. Koni rappelt sich auf. Alles bestens, vielleicht etwas zu viel des Guten. Wir betrachten ihn besorgt. Jemand ruft ein Taxi.

Ich sagte ja, dass ich Hochzeiten schlecht vertrage, meint Koni, als ich mich einige Tage später nach seinem Befinden erkundige. Alles in Ordnung, meine auch der Arzt. Was er denn eigentlich habe sagen wollen, damals, bevor er zusammengeklappt sei, frage ich Koni. Das sei ja das Problem, sagt Koni, das habe er selber nicht gewusst, totaler Blackout. Aber sich dann einfach wieder zu setzen, wäre ja auch nicht infrage gekommen. Und ein wenig Action habe der langweiligen Veranstaltung doch gutgetan. Und er habe die grauenhafte Musik nicht länger ertragen müssen. Aber das dürfe ich nun wirklich niemandem erzählen – sonst stünde es bald wirklich nicht mehr gut um sein Wohlbefinden. Koni, du verdammtes Schlitzohr.

Interview mit Ueli Mäder, emeritierter Soziologieprofessor und Aktiver von 1968ff.

## «Wir waren zu streng»

**Ueli Mäder hat mit über 100 Persönlichkeiten gesprochen und daraus ein Buch über 1968 gemacht. Er selber kommt darin kaum vor. Das VPOD-Magazin füllt die Lücke. Wo war der Kollege 1968? Was ging damals ab? Und was bleibt – aus seiner Sicht?** | Interview: Christoph Schlatter (Foto: zVg; Illustrationen folgende Seiten: Schweizerisches Sozialarchiv – siehe Kasten unten)

**VPOD-Magazin: Ueli Mäder, im Mai 1968 warst du gemäss meinen Berechnungen 17 Jahre alt. Wo warst du?**

**Ueli Mäder:** Ich war ein schlechter Schüler an der Basler Handelsschule. Und ich wohnte in einer dieser WGs. Es gab schon vorab im Oberbaselbiet sehr früh eine politische Szene. Ausserdem hatte mein älterer Bruder vorgespurt. Es herrschte, nicht nur an der Schule, ein angeregtes, ja aufgeheiztes Klima. Ein Lehrer warf unsere Ausstellung gegen den Krieg aus dem Fenster. Ich müsse die Schule aus politischen Gründen verlassen, fand der Rektor. Der Klassenlehrer hielt schützend seine Hand über mich. Über Ostern war ich erstmals in Paris, per Autostopp. Im Sommer dann für länger, um auf dem Bau zu arbeiten. Für die Handball-Saison 68/69 kam ich zurück – ich spielte in der Nationalliga. Auch die Handelsschule habe ich dann abgeschlossen, zum Glück. Aber aus Paris hatte ich einiges im Gepäck. «Soyez réalistes, demandez l'impossible» hatte mich angesteckt und beeinflusste auch mein Studium.

**Fand «68» überhaupt 1968 statt? Oder in den Jahren davor, wo sich alles zusammenbraute? Oder danach, als die Welt in Bewegung war?**

Natürlich fühlte man sich 1968 noch nicht als «68er». Aber es gibt in diesem Jahr tatsächlich eine markante Häufung von Erschei-

nungen des Aufbruchs, von Streiks und Demonstrationen und Aktionen. Das lässt sich empirisch leicht zeigen. Dazu kommt eine Reihe von global wirksamen Ereignissen.

**In den USA rebellierte die Jugend gegen den Vietnamkrieg. In Deutschland verlangte sie von der Elterngeneration Rechenschaft über die Nazizeit. Und in der Schweiz?**

Die internationalen Ereignisse haben auch hierzulande bewegt. Immerhin gab es damals schon in einer Million Schweizer Haushalte ein TV-Gerät. Und ab 1968 sendete das Schweizer Fernsehen in Farbe ...

**... wovon anfänglich die wenigsten etwas hatten ...**

Aber man verfolgte die Ereignisse im Ausland unmittelbar. Als der Vietnamkriegsgeneral Westmoreland in der Schweiz auftrat, gingen in der Schweiz viele Leute dagegen auf die Strasse. Spezifisch schweizerisch war der Kampf für das noch immer fehlende Frauenstimmrecht. Dann gab es überall Auseinandersetzungen um Freiräume, von denen der Globus-Krawall die bekannteste ist. An Schulen und Universitäten wurden nonkonforme Lehrkräfte gemassregelt, was zu grossen Auseinandersetzungen in der



Ueli Mäder.

**«Auflehnung gegen Gewalt in der Erziehung war 1968 ein starker Antrieb.»**

Presse führte. Und vor Ort zu Schülerstreiks und Protesten von Studierenden. Den Hintergrund bildeten verkrustete autoritäre Strukturen, die alle Lebensbereiche beherrschten. Dagegen gingen wir an. Vielleicht kannst du dir das nicht mehr vorstellen: Als ich als Bub seinerzeit in den Kinder-

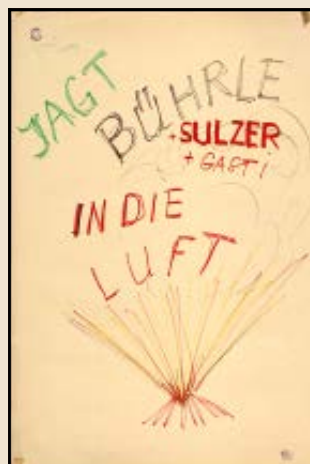
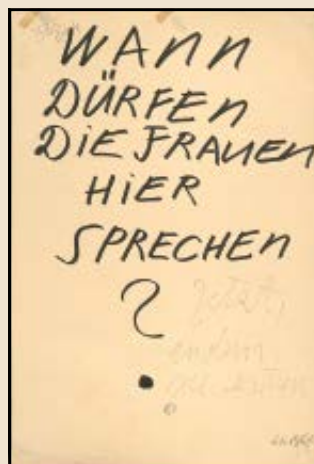
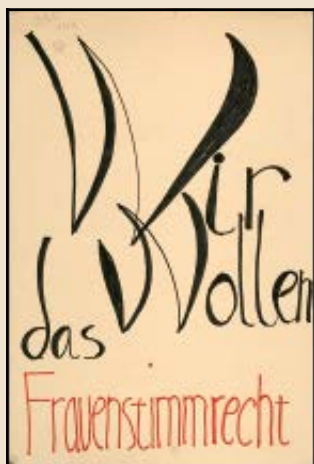
garten kam, dauerte es keine zwei Wochen, bis ich das erste Mal von Fräulein Breunlin mit dem Stock verdroschen wurde. Auch in den Schulen herrschte vielerorts eine Pädagogik, die Kinder auf den rechten Weg prügeln wollte. Für mich und für viele andere war die Auflehnung gegen diese Form von Gewalt ein starker Antrieb.

**Der Konflikt wurde sozusagen in den unterschiedlichen Lebensbereichen durchdekliniert.**

Und womöglich das Wichtigste waren die Auseinandersetzungen, die in den Familien abliefen. Ein bisschen längere Haare haben als junger Mann – das reichte schon für den grossen Krach. Und wenn ich beim Handballspiel gefoult wurde, dann klatschte das Publikum ab und zu, weil man es «einem Langhaarigen» gezeigt hatte.

**Die Illustrationen zu diesem Interview stammen vom September 1968:** Damals fand im Zürcher Centre Le Corbusier eine 6-tägige Veranstaltung statt – als indirekte Folge der Globus-Krawalle vom Juni. Die damals niedergeknüppelte Forderung nach einem autonomen Jugendzentrum blieb ja lebendig. Das «Zürcher Manifest», von 21 Personen aus Politik, Kultur und Wissenschaft unterzeichnet und Anfang Juli im *Volksrecht* publiziert, stellte sich auf die Seite der Jugendlichen. Aus dem Aufruf entwickelte sich eine Arbeitsgemeinschaft, die schliesslich die Veranstaltung im Herbst organisierte. Täglich um

20 Uhr gab es Diskussionen zu Fragen wie «Erziehung zum Jasager?», «Vertreten die Gewerkschaften die Interessen der Arbeiter?», «Unrecht im Rechtsstaat» oder «Mensch und Sexualität». «Während des Rests des Tages freie Diskussion und weitere Produktionen wie Strassentheater, Wandzeitung, Tageszeitung, Filmvorführungen usw.», verhiess das Programm. Bei den hier publizierten Plakaten handelt es sich um Elemente der Wandzeitung. Was man womöglich schlecht lesen kann: Die fette Frage «Wann dürfen Frauen hier sprechen?» ist mit dünnem Schreibstift beantwortet: «Jetzt, indem sie es tun.» | slt



Es gibt einen Teil von «68», der später in Parteien wie Poch und RML mündet. Aus heutiger Sicht wirkt es teilweise befremdlich, was damals gesagt wurde. Auch die Urheber mancher Traktate schämten sich später über den einen oder anderen Satz. Aber ich unterstelle, dass dieser «parteilpolitische Strang» von «68» gar nicht der wirkungsvollste war.

Meine eigene Wahrnehmung war vorab die eines zivilcouragierten Aufbruchs. Früh gab es, auch im Oberbaselbiet, lose Vereinigungen, wo politisch diskutiert und agiert wurde. Aber es gab keinen Namen für die Gruppe und keine ideologische Fixierung. Obwohl ich

1971 bei der Poch-Gründung dabei war, hat mein Herz immer viel stärker für die zivilgesellschaftlichen Organisationen geschlagen, insbesondere für die Solidarität mit der damals sogenannten

«Dritten Welt». In der Parteipolitik habe ich bald eine gewisse ideologische Verhärtung verspürt, die mir wenig produktiv erschien. In den WG's, in denen ich damals wohnte, lebten zwar RML- und Poch-Leute und auch Autonome friedlich unter einem Dach. Aber es gab einzelne, die das fragwürdig fanden, weil sie die allerschlimmsten Klassenfeinde nicht im Bürgertum, sondern in der falschen sozialistischen Strömung orteten.

In der legendären Vorstadt-40-WG in Schaffhausen waren offenbar Trotzlisten, Marxisten-Leninisten und «Revisionisten» säuberlich auf die verschiedenen Stockwerke verteilt.

«Emanzipation wurde häufig auf wenig emanzipatorische Weise durchgesetzt.»

Gewiss haben wir auch in unserer WG Debatten geführt, haben Marx und Marcuse gelesen und uns die Köpfe heiss geredet. Trotzdem behielt das bei allem Ernst noch etwas Spielerisches.

Andere gerieten auf ein doktrinäres Gleis ...

... und urteilten ungeheuer scharf auch über Leute, die ihnen an sich wohlgesinnt waren. Arnold Künzli etwa, der demokratische Sozialist, bei dem auch ich studiert habe, wurde von den Jungmarxisten als Revisionist heruntergemacht. Auch die radikalsten Studierenden waren halt Kinder ihrer Zeit. Auch sie waren in autoritären Strukturen grossgeworden und trugen solche Mechanismen, obwohl sie sie

bekämpften, in sich. Gewiss ist das befreiende Moment für «68» prägend. Aber es gab gleichzeitig eine Reproduktion autoritärer Verhaltensweisen. Bei der Gruppenlektüre von Marx' «Kapital»

flossen sogar Tränen. Und wenn ich heute gewisse Beanstandungen des Poch-Zentralsekretariats lese, schaudert mich.

Es wohnte diesem Aufbruch, vor allem dem studentischen, wohl auch ein gehöriges Mass an Selbstüberschätzung inne. Die angepeilten Arbeitermassen hat man ja nicht erreicht.

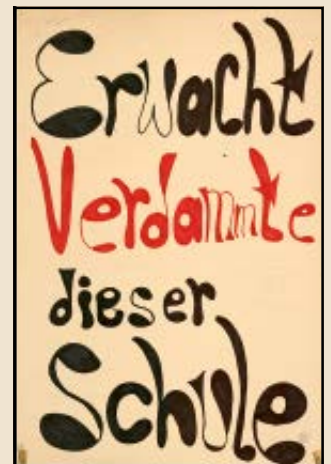
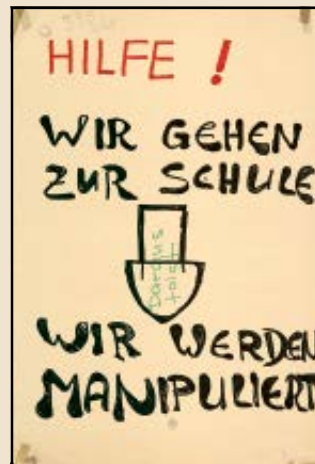
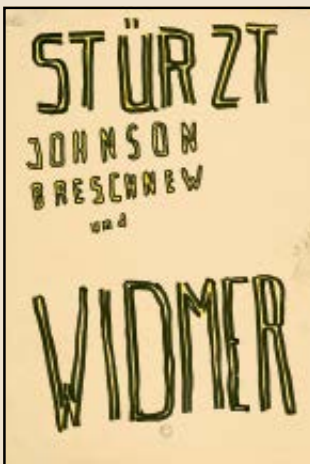
Das trifft für die Schweiz sicher zu – etwas weniger für Frankreich, wo der Schulterchluss eher gelang. 1976 habe ich als Vertreter der Poch an einem Kongress auf Madagaskar teilgenommen. Die Dekolonisierung Afrikas faszinierte mich; plötzlich sitze ich mit Staatspräsidenten an einem (allerdings von Nordkorea gesponserten) Tisch und ge-

riere mich, als ob die Schweiz unmittelbar vor der Revolution stünde und ich der künftige Aussenminister wäre. Für einen jungen Studenten ist das natürlich eine eindrückliche Erfahrung. Aber was für eine Anmassung! Alle Diskussionen verhandelten gleich das grosse Ganze. Ja, es wurde viel gelesen und nächtelang diskutiert, aber teilweise auch auf eine recht grobe, simplifizierende Weise.

Vielleicht liegt das ja im Wesen eines solch radikalen Aufbruchs? Vielleicht gehört dazu auch, dass man nicht in der Lage ist, Lehren der vorherigen Generationen anzunehmen. Auch in Bezug auf gescheiterte oder entartete sozialistische Experimente.

Es gab Leute, die auf diesem Kurs segelten. Die beispielsweise äusserst selektiv waren in Bezug auf die historischen Dokumente, die sie überhaupt der Analyse wert fanden. Aber es gab auch andere Strömungen. Die Basler «Arbeitsgruppe kritische Psychologie» etwa befasste sich mit Holzkamp und war gerne bereit, Zwischentöne zuzulassen. Häufiger dominierten aber vereinfachende Sichtweisen. Beispiel antiautoritäre Erziehung: Viele lasen Neill und wollten Summerhill kopieren. Das führte paradoxerweise zu einer strengen, geradezu autoritär vermittelten Antiautorität. Auch im Kommunenleben waren solche Effekte zu beobachten. «Man» wusste, wie egalitär eine Kommune zu funktionieren hat. Und die Art und Weise, wie das durchgesetzt wurde, war zuweilen wenig emanzipatorisch. Die erstrebte völlige Freiheit verkehrte sich in Enge, in Kontrolle, in manipulative Übergriffigkeit.

Diejenigen, die sich die Befreiung der Sexualität auf die Fahnen geschrieben hatten, hatten womöglich vor allem ihre



eigenen Bedürfnisse im Sinn. Trotzdem ist die Leistung der «68er» auf diesem Gebiet aus meiner Sicht die bedeutendste. Auch wenn der Nobelpreis für das Herauslösen der Sexualität aus den Fesseln der ehelichen Pflichterfüllung nur zur Hälfte an «68» geht – und zur anderen Hälfte an die Pille.

Es ist wichtig, dass man sich die extreme Enge und die Doppelmoral vergegenwärtigt, die in den Jahrzehnten zuvor herrschten. Ich erinnere mich an den Rektor des Progymnasiums, wie er uns vor den Gefahren der Homosexualität warnte (erst später erfuhr man dann, dass er selber schwul war). Tatsächlich wurden wir noch mit Blumen und Bienen aufgeklärt. Und der Frau war, in der Sexualität wie im restlichen Leben, holdes Bescheiden auferlegt. Da hat 1968 in der Tat viele Türen aufgestossen. Aber aus dieser Sex- und hopp-Mentalität entstanden umgehend neue Normen, neue Zwänge. Da wurde dann ein Paar, das monogam leben wollte, in der Kommune angefeindet und regelrecht vor ein «Tribunal» gestellt.

**Ich werfe mal die These in den Raum, dass 1968 wirtschaftspolitisch nicht ganz so viel bewegt hat wie auf der Ebene der persönlichen Beziehungen.**

Es gab eine Häufung von Streiks in dieser Epoche. Es gab auch einen Aufbruch in dem Sinn, dass neue Formen sozialer Ökonomie ausprobiert wurden, auch im Produktionsbereich. Aber du hast Recht: So sehr all diese Genossenschaften und Selbstverwaltungsprojekte in den 1970er Jahren aufblühten, so sehr stagnierte die Bewegung danach. Der Versuch, die Demokratie auch in der Wirtschaft zu installieren, ist weitgehend gescheitert.

Interessant ist, was nach 1968 in den Gewerkschaften geschehen ist. Den VPOD betrifft diese Entwicklung ganz besonders: In einen Männerladen, der sich noch gegen die Anstellung von Frauen als Tramwagenführer stark macht, brechen neue Töne und neue Themen ein.

Bei der SP spielte sich in den 1970er Jahren Ähnliches ab. Viele der Exponentinnen und Exponenten von «68» sind früher oder später bei der Sozialdemokratie gelangt, zumal abseits der grossen Zentren, wo es links davon kaum Alternativen gab. Diese in ausserparlamentarischer Opposition geschulten Kräfte trugen einen neuen Wind in die Gremien. Und sie brachten ihre Forderungen ein. In den Gewerkschaften gab es zuvor ja stark fremdenfeindliche und, wie du erwähnst, frauenfeindliche Elemente; daran wurde nun Kritik laut.

Was natürlich nicht ohne Reibung abging. Etwa zwischen Armeeabschaffern und Militärpersonal. Gerade am Beispiel der Gruppe Schweiz ohne Armee – 1982 gegründet – lässt sich diese Geschichte sehr schön erzählen. Anfänglich war es auch im Poch-Vorstand ausser mir nur noch Barbara Gurtner, die das Projekt vehement befürwortete. Die anderen befürchteten ein Debakel – und ein Plebiszit für die Armee.

**Viele Linke wollten an der Armee festhalten, weil sie das Gewehr im Besenkasten für die nahe Revolution zu verwenden gedachten.**

Dieser Argumentationstypus ist mir ebenfalls gut bekannt, ich habe mit Freunden oft

darüber gestritten. Ich selber sass 1972 wegen Militärdienstverweigerung 5 Monate im Knast, und später nochmals mehrere Wochen wegen Zivildienstverweigerung. Im Basler Lohnhof wurde ich vom Aufsichtspersonal schikaniert. Und ich beobachtete auch Aus-

fälligkeiten gegenüber anderen Häftlingen. Das habe ich in einem Artikel in der *Weltwoche* ...

... in der *damaligen Weltwoche* ...

... zur Sprache gebracht.

Aus heutiger Perspekti-

ve zielte das vielleicht etwas zu sehr «auf den Mann». Meine Vorwürfe führten dazu, dass ich vom VPOD zitiert und gerügt wurde: Ich würde gegen das Gefängnispersonal hetzen. Ich habe dann einen Abend lang mit den im VPOD organisierten Aufsehern diskutiert; wir haben uns am Ende auch irgendwie gefunden. Aber die Episode zeigt doch auf, dass zwischen den Flügeln der Linken Welten lagen.

**Du hast ja für dein Buch auch «Abtrünnige» befragt wie Markus Somm, den Nach-Chefredaktor der *Basler Zeitung*, oder Filippo Leutenegger, heute FDP-Stadtrat in Zürich ...**

... oder Thomas Held, der später Direktor von Avenir Suisse wurde. Interessant ist, dass viele einstige Aktivisten keineswegs der Ansicht sind, sie hätten sich gross geändert oder von etwas abgekehrt. Aus ihrer Sicht sind sie – mit Nuancen natürlich – die Alten geblieben, sind konstant widerständig und autoritätskritisch. Bloss habe sich halt die Welt geändert. Der Staat sei zu einem kontrollierenden Moloch herangewachsen, dem man Paroli bieten müsse. Und dann sehe ich – ich! – mich den

*«Der Versuch, die Demokratie auch in der Wirtschaft zu installieren, ist gescheitert.»*

Wo liegt der Unterschied zwischen  
Machtdiktatur  
& Wirtschaftsdiktatur

KEINE  
ANGST!?!  
ANCH DIE RUSSEN  
SIND BÜNZLI

WER NUR SENE  
RUHE WILL,  
FÖRDERT  
DIKTATUR

Lasst  
ALLE  
am schöpferischen  
Prozess teilnehmen

Staat in Schutz nehmen, weit mehr, als mir manchmal lieb ist. Denn früher war für uns der Staat ein Feindbild, ein bürokratisches Ungeheuer, das bis unter die Bettdecke lugte.

**Liegt das nicht in der Natur des Menschen, dass er eine möglichst bruchlose Erzählung von sich selbst verfertigt und die Widersprüche ausblendet?**

Ja, schon. An einem Gedenkanlass der Poch-Ehemaligen gingen mehrere ans Mikrofon und erklärten: «Ich habe damals schon gesagt, dass ...» Kontinuität muss zuweilen herbeigeredet, Rechthaben herbeigezwungen werden. Aber es gibt auch andere Stimmen, gerade von jenen, die sich immer noch links verorten, die offen über Irrtümer und Blindheiten sprechen, darüber, dass man einiges mitgetragen und mitskandiert hat, was aus heutiger Sicht zweifelhaft ist und es, bei kritischer Betrachtung, auch schon damals war.

**Jedenfalls haben sich die Lebensläufe ehemals gemeinsam Streitender wahnsinnig weit verstreut. Ein Weg führt in die Chefetagen der Wirtschaft oder des Staates, ein anderer nach Stuttgart-Stammheim ...**

---

*«Viele Linksgebliebene reden offen über Irrtümer und Blindheiten von damals.»*

---

Gewiss, der Terrorismus schrieb spannende Geschichten, die allerdings in meinem Buch nur am Rande erwähnt sind. Es gab da etwa Philip Werner Sauber, Bruder des Rennstallbesitzers, der 1967 nach Berlin ging, Film

studierte, sich der «Bewegung 2. Juni» anschloss und 1975 bei einem Schusswechsel mit der Polizei starb. Oder wusstest du, dass RAF-Terrorist Christof Wackernagel, als er zur Fahndung ausgeschrieben war, längere Zeit im Basler Gellertquartier versteckt war?

**Sollten nicht auch solche «Irrwege der 68er» abgebildet sein?**

Ich verstehe die Angst davor, dass dieser auch sonst schon prominent dargestellte Zweig der Bewegung manch anderes überschattet. Andererseits bestand tatsächlich in unseren Kreisen eine leise Bewunderung für die RAF: so rein, so klar, so kompromisslos, fand man, gingen die ihren Weg. Grenzen wurden jedenfalls im sexuellen Bereich – wie angedeutet – überschritten. Man suchte eine möglichst schrankenlose Freiheit und war zu wenig bereit, Grenzen anderer zu respektieren.

**Da darf man sich mit Fug und Recht fragen, ob denn nicht der entfesselte Kapitalismus, den wir heute erleben, ebenfalls mit «68» zu tun hat. In den 1950er und 1960er Jahren verhielt sich das Kapital vergleichsweise zahm. Und heute: diese Explosion, diese Super-Reichen, die immer noch reicher werden ...**

Diese Entwicklung wird heute in einem Ausmass den «68ern» angelastet, dass ich fast zwangsläufig einen Kontrapunkt dazu setzen muss. Damit wäre der Bewegung wirklich zu viel in die Schuhe geschoben. Auch heute streuen die libertären Haltungen von ganz rechts bis zu jenen, die noch immer ein demokratisch-sozialistisches Verständnis haben. Es mag sein, dass dieser öffnende Ansatz im kulturellen Bereich auch gewisse Liberalisierungen in der Finanzwirtschaft befördert hat – auch wenn das nicht intendiert war. Aber der libertäre Impetus der 68er-Bewegung hat eine demokratische Diversität und Pluralität gefördert, die heute weit stärker ist als vor 50 Jahren. Es ist die wirtschaftspolitische Liberalisierung, die den Kapitalismus entfesselt und zu den molochartigen Konzernen von heute geführt hat.

**Dazu kamen technische Entwicklungen. Und dann war da ja noch der Zusammenbruch des realexistierenden Sozialismus, der aus meiner Sicht seine besten Erfolge im Westen hatte: indem er den Kapitalismus temperierte, dämpfte ...**

... und auch die Befreiungsbewegungen im Trikontinent unterstützte. Seit dem Zusammenbruch Ende der 1980er Jahre drängt nun das Kapital viel offensiver dorthin, wo es sich am meisten vermehren lässt. Und an die Adresse dieses Turbokapitalismus gibt es ja durchaus Kritik auch aus dem politisch liberalen Lager: Ihr macht uns noch das ganze Geschäft kaputt, ihr zerstört den sozialen Frieden, ihr lasst die Gesellschaft auseinanderbrechen! Man muss da auch mögliche Bündnisse erkennen – das Unvermögen dazu war ein Fehler der «68er». Wir haben Leute unnötig vor den Kopf gestossen, die auf unserer Seite standen.

**Dein Buch heisst «Was bleibt?». Aus meiner Sicht bleibt – jedenfalls für uns Privilegierte in einem privilegierten Land – eine unvergleichlich grössere Bandbreite an Möglichkeiten, das Leben – Beziehungen, Sexualität, Familie, Wohnsituation, Berufslaufbahn – zu gestalten.**

Ich sehe das ähnlich. Bei aller Kritik an Irrungen und Wirrungen: Die Öffnung, die du beschreibst, ist fundamental und von unschätzbarem Wert. Die jungen Leute heute kennen vielleicht das «Kapital» von Marx nicht mehr so genau. Aber sie sind ungleich besser ausgebildet als wir damals. Und sie sind geschickter im Umgang mit Ambivalenzen. Wir waren zu streng in der Verortung anderer. Wir glaubten zu wissen, wo es langgeht. Wir trauten uns ein Urteil über alles und jeden zu. Wir hatten das hehre Gefühl, besser zu sein. Wir meinten, den Haupt- von einem Nebenwiderspruch unterscheiden zu können. Wir waren ja auch in der industriellen Moderne sozialisiert, mit vordergründigen Klarheiten, mit Ja und Nein und wenig Zwischenstufen. Heute dominiert eine pluralistischere Konzeption, die vielleicht manchmal in Beliebigkeit ausartet, aber die doch stimmiger zum Umgang mit Widersprüchen befähigt. Ich wünsche mir natürlich, dass wieder mehr Druck von unten kommt – für globale Gerechtigkeit und für die friedliche Ge-

*«Die heutigen Jugendlichen sind geschickter im Umgang mit Widersprüchen.»*

gestaltung unseres Planeten. Vielleicht entsteht eine überzeugende Kraft, wenn die Analyse fundiert und differenziert daherkommt. Womöglich öffnet das auch die Tür für jene, die nicht unbedingt sozialistisch denken, die aber via Umwelt- oder Demokratiefragen sensibilisiert wurden und ein gutes Leben für alle wollen. Da sehe ich Ansätze, die mich trotz allem zuversichtlich stimmen können.

## Alt genug für die «68er»-Bilanz

Basis für Ueli Mäders Buch bildeten Gespräche mit über 100 Zeitzeuginnen und Zeitzeugen, darunter bekannte Persönlichkeiten wie Peter Bichsel, Ruth Dreifuss, Urs Jaeggi, Elisabeth Joris, Georg Kreis, Ruth Mascarin, Res Strehle. Aber auch weniger Prominente kommen zu Wort, stillere auch, die andere Wege fernab der grossen Öffentlichkeit gegangen sind. «Sie drücken, arg verkürzt, die Vielfalt der 68er-Bewegung aus», schreibt der Autor. Ihm ist es gelungen, die fraglichen Jahre anhand der mündlichen Zeitzeugnisse (fast) in ihrer ganzen Breite aufzufächern. Den grössten Umfang hat das Kapitel «Projekte und Debatten». Nicht nur die Solidaritäts- oder die Frau-

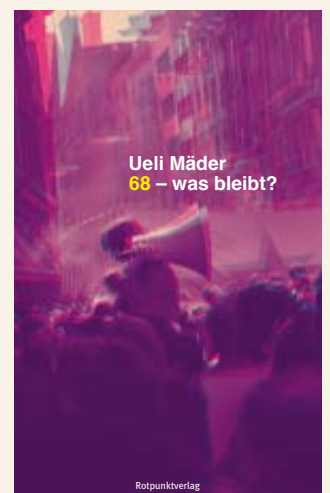
ebewegung kommen darin zur Sprache, nicht nur Friedenskampf und Selbstverwaltung, sondern auch Dinge, die man heute zum Lifestyle zählt: «Trampen, Drogen und Widerstand» oder «Popmusik und Politsongs» etwa. Dabei verzichtet Mäder bewusst auf eine endgültige Bilanz des Phänomens 1968; vielmehr überlässt er die Interpretation seinem jeweiligen Gegenüber – und der Leserschaft. Die ist schliesslich alt genug für eine eigene Einschätzung. | slt

Ueli Mäder: 68 – was bleibt? Zürich (Rotpunktverlag) 2018. 368 Seiten, 48 Franken. – Vernissagen: Dienstag, 15. Mai, 19 Uhr, Volkshaus Basel (Anmeldung über das Literaturhaus), und Dienstag, 29. Mai, 20 Uhr, Kulturzentrum Kosmos Zürich.

DIE SCHWEIZER-  
FAHNE IST DAZU  
DA, DASS MAN  
DAS KREUZ ÜBER  
TÜNCHT UND EINE  
ROTE DARAUSS MACHT

Die Utopie  
ist ein Teil  
der  
Wirklichkeit

Soldaten = versklavte  
Bürger  
Kriegshelden = Verbrecher  
Dienstverweigerer = Helden



Zu Hunger und Kriegsmüdigkeit kommt im Herbst 1918 eine nie dagewesene Epidemie: die Spanische Grippe

# «Opfer des Würgeengels»



«Reiche Ernte hält der Schnitter Tod in der Sektion Bern. Die **unheimliche Grippe-Epidemie**, die sehr stark unter den Strassenbahnern wütet, hat schon zwei Opfer gefordert; es sind dies die beiden Kollegen Franz Hari, Kondukteur, geboren 3. Februar 1888, gestorben 21. Juli 1918, und Fritz Schläfli, Kondukteur, geboren 23. Februar 1888, gestorben 23. Juli 1918.» So beginnt in der *Schweizerischen Strassenbahner-Zeitung*, in der Ausgabe vom 2. August 1918, eine lang nicht abreissende Serie: Nachrufe auf die Opfer der Spanischen Grippe. Auffällig ist, dass es sich fast durchwegs um Kollegen im «schönsten Mannesalter» handelt: «Noch sind die Blumen auf dem Grabeshügel Emil Hedingers nicht verwelkt, so sinkt schon wieder ein junges, blühendes Menschenleben in die Gruft, ebenfalls als Opfer des Würgeengels Grippe. Im Alter von 23 Jahren erlag unser lieber Kollege Briner nach einigen qualvollen Tagen der herrschenden Seuche.» Die Nachrufe im «offiziellen und obligatorischen Organ des Schweizerischen Strassenbahnerverbandes» spiegeln auch die **behördlichen Massnahmen** gegen die Grippe – die Abdankungen für die Kollegen Hari und Schläfli fanden, wie so viele andere, in kleinstem Kreis statt: «Es konnte nur eine Delegation von vier Mann abgeordnet werden. Das Bedauern mit den Hinterbliebenen ist allgemein.»

Die Spanische Grippe hält die Welt in der zweiten Jahreshälfte 1918 in ihrem Klammergriff. Gegen 50 Millionen Menschen dürften ihr zum Opfer gefallen sein. In unserem Land hat sich wohl gegen die Hälfte der damaligen 4 Millionen Leute angesteckt; **25 000 Todesopfer** wurden registriert. Die verstorbenen Strassenbahner sind typische Opfer einer untypischen Krankheit. Die Letalitätskurve

von Epidemien zeigt ja für gewöhnlich die Form eines U: Die «starke» Generation der Lebensmitte ist von tödlichem Verlauf wenig betroffen. Die Spanische Grippe aber zeichnet eine W-Form: Die Infektion war besonders **für junge Erwachsene tödlich**. Die Wissenschaft hat noch immer keine gesicherte Erklärung für dieses Phänomen.

Die Grippe grassierte auch in der **Schweizer Armee**. Diese stand nun bereits im 5. Jahr ihrer Mobilisierung, die als «Grenzbesetzung» in die Geschichte eingegangen ist. Es mussten Schulhäuser und Turnhallen als Lazarette requiriert werden. 33 000 Mann Grenztruppen, die mit Ablösung im Juli rechneten, erhielten wegen der Grippe den Befehl, auszuharren. Truppenteile waren teilweise zur Hälfte oder zu drei Vierteln ausser Gefecht gesetzt (was allen, auch den kriegsführenden Nationen widerfuhr). Über die Zustände in der Armee brach im Herbst eine öffentliche Kontroverse aus: Unter Beschuss stand namentlich **Armeearzt Oberst Carl Hauser**, dem «mangelhafte Vorbereitung der Bekämpfung der Seuche» vorgeworfen wurde. «Der Armeearzt trete ab!», forderte die sozialdemokratische *Berner Tagwacht*. Eine vom Bundesrat eingesetzte Untersuchungskommission stellte dann später tatsächlich «manche Irrtümer, Unterlassungen, Nachlässigkeiten und bedauerliche Fehler» fest.

Wirksame Instrumente gegen die Grippe standen allerdings 1918 auf keiner Seite zur Verfügung;

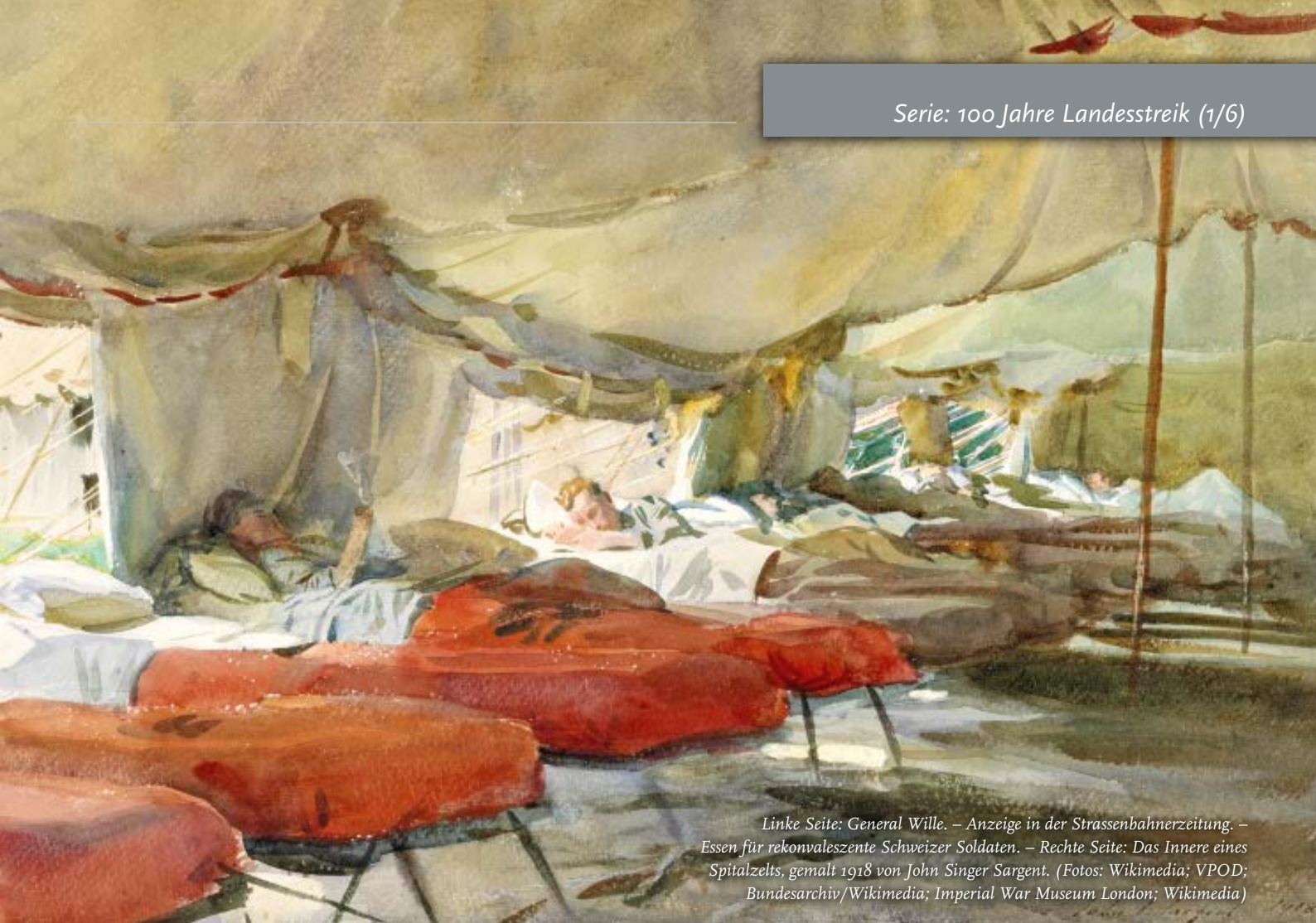
hinsichtlich der Urheberschaft tappte die **Medizin quasi im Halbdunkeln**. Bahnbrechend waren in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts die Forschungen von Louis Pasteur und von Robert Koch gewesen, die Bakterien als Verursacher von Krankheiten eruiert hatten. Bei der Grippe driftete die Wissenschaft aber in eine Sackgasse. Richard Pfeiffer hatte 1893 einen Bazillus nachgewiesen, den er für den Erreger der Influenza hielt. Zwar gab es aufgrund widersprüchlicher Befunde bald Zweifel an dieser These. Aber erst 1933 wurde der Nachweis erbracht, dass die Grippe nicht von Bakterien, sondern **von Viren ausgelöst** wird. Der durch sie geschwächte Organismus wird dann Opfer von bakteriellen Infektionen, die er sonst in Schach hält. Auch bei der Spanischen Grippe von 1918 war es nicht anders: Die meisten Opfer starben an bakteriellen Folgeerkrankungen, oft an Lungenentzündung, gelegentlich an Sepsis; seltener waren die Fälle, in denen die primäre virale Infektion zum Tod führte.

Wo keine Medizin hilft, stehen **Hausmittel und Zaubersäfte** hoch im Kurs. In der *Strassenbahnerzeitung* findet sich eine «Einladung

zum Gebrauch der Gaba-Tabletten, sofern Sie an Grippe erkrankt sind» – mit der **unrealistischen Versprechung**: «Sie werden durch den Gebrauch der Gaba-Tabletten geheilt.» In späteren Ausgaben war das Inserat abgeändert; es heisst dann nur noch, die Pastillen seien «im Jahre 1846 ... von Dr. Wybert gegen Grippe eingeführt» worden. Andere

**Im November 1918 stand die Schweiz still, weil eine Viertelmillion Arbeiterinnen und Arbeiter streikte. Kaufkraftverlust und verbreiteter Hunger nach vier Jahren Krieg gehören zu den Ursachen. Aber auch Empörung über Kriegsgewinnler. Und Hoffnung auf eine gerechtere Zukunft. Die 6-teilige Serie beleuchtet unterschiedliche Aspekte des Jahrhundertereignisses, dessen Forderungen – 8-Stunden-Tag, AHV, Frauenstimmrecht, Proporzwahl – den Weg in eine sozialere Schweiz wiesen.**





Linke Seite: General Wille. – Anzeige in der Strassenbahnerzeitung. – Essen für rekonvaleszente Schweizer Soldaten. – Rechte Seite: Das Innere eines Spitalzelts, gemalt 1918 von John Singer Sargent. (Fotos: Wikimedia; VPOD; Bundesarchiv/Wikimedia; Imperial War Museum London; Wikimedia)

Anzeigen betreffen hygienische («Lysolseife oder Garbolseife der Seifenfabrik Lenzburg A.-G. schützen am sichersten gegen Grippe.») und finanzielle Vorkehrungen: «Plötzlicher Todesfall infolge der Grippe bringt manche Familie in tiefe Not und Elend. Der beste Schutz [sic] dafür bietet unzweifelhaft der Abschluss einer Lebensversicherung», wofür Prospekte und Berechnungen bei Emil Briner, Bern, einzuholen seien.

Diese von Krankheit gewürgte Schweiz erlebt im Herbst 1918 die grösste innenpolitische Auseinandersetzung seit dem Sonderbundskrieg. Zur Eskalation trägt wesentlich die Mobilisierung der Armee bei. **General Ulrich Wille** schreibt am 4. November an den Bundesrat, man müsse jetzt die Kavallerie nach Zürich schicken, weil «die Möglichkeit eines plötzlichen unerwarteten **Ausbruchs einer Revolution**» bestehe. Und die Grippe? Schläge angesichts der Epidemie nicht die öffentliche Meinung gegen eine Mobilisierung aus? Wille hat keine Angst: «Das Heil des Vaterlandes steht auf dem Spiel; Pflicht ist es, wenn dies auf dem Spiel steht, sich von dem Denken und Empfinden der öffentlichen Meinung nicht beeinflussen zu lassen.» Er,

**Wille, trage die Verantwortung.** Und er sei bereit, sie zu tragen. Von den zur Streik- oder Revolutionsabwehr eingezogenen Soldaten erlagen laut Militärversicherung **923 Mann** der Grippe.

Und? Schultert Wille, wie angekündigt, die Verantwortung? Nichts dergleichen. Stattdessen wird jetzt **den Linken die Schuld** in die Schuhe geschoben. Die Behauptung, ihnen seien die zusätzlichen Grippetoten zuzuschreiben, irrlichtert jahrzehntelang durch die Schweizer Geschichte. Noch 1995 – in einem Artikel von Christoph Mörgeli fürs *NZZ-Folio* vom November – liest man: «Mit ihren Streikmassnahmen, die grosse Volksmengen zusammenströmen liessen, nahmen die Sozialdemokraten und Gewerkschafter angesichts der grassierenden Grippe **ein erhebliches Risiko** in Kauf.» Der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften schlug man auch jenes böse Wort um die Ohren, das die sozialistische Tageszeitung *La Sentinelle* in die Welt gesetzt hatte: «La grippe venge les travailleurs» («Die Grippe rächt die Arbeiter»). Auch das ist natürlich Unsinn: **Ein Virus rächt nichts und niemanden.** Bei Infektionskrankheiten hat sich – von der Pest des Mittelalters bis zu

HIV/Aids Ende des 20. Jahrhunderts – stets erwiesen, dass die **Kategorien von Schuld und Sühne** nicht taugen und höchstens Stigmatisierung und neues Leid hervorrufen. Die Spanische Grippe war mit dem Wissen der Zeit ebenso wenig beherrschbar wie die von den letzten Kriegs- und ersten Friedenstagen entfesselten Volkskräfte durch die Regierungen.

Welche Formen die Epidemie angenommen hätte, wenn sie auf eine Schweiz und eine Welt im Frieden getroffen wäre, lässt sich nicht sagen. Grosse Truppenbewegungen und Jubelszenen zum Kriegsende trugen gewiss zu ihrer Verbreitung bei – doch hätten sich ziviler Handel, friedliche Arbeitsmigration und ein weiterer Aufschwung des Tourismus womöglich ähnlich ausgewirkt. Interessanter ist eine andere Frage: Welchen Einfluss hatte die Spanische Grippe auf die **Gefühlslage in der Arbeiterschaft**? Auch in der Kontroverse um Armeearzt Hauser spiegelt sich in erster Linie eine immense Kriegsmüdigkeit. Zum Hunger trat jetzt noch die Seuche; das Mass des Leidens war voll. Dass diese ökonomisch-emotionale Konstellation **Wut und Streikbereitschaft erhöhte**, ist plausibel. | *Christoph Schlatter*



Wehrt Angriffe von rechts aussen ab: Annelie Buntenbach.

### Deutschland: Angriff von rechts

«Spaltungslinien bekämpfen» und «Entsolidarisierungsprozessen entgegenwirken» sind für Annelie Buntenbach zentrale Elemente im Kampf gegen rechte Versuche, auf gewerkschaftliches Terrain vorzudringen. In der Antifa-Zeitschrift *Der rechte Rand* setzt sich Buntenbach, DGB-Bundesvorstands-

mitglied, mit AfD-nahen Rechtsströmungen auseinander, die sich in den Betrieben derzeit als Alternative zu den DGB-Gewerkschaften aufspielen. Selbstverständlich nehme man Organisationen wie den Alternativen Arbeitnehmerverband Mitteldeutschland ernst; allerdings hätten diese Gruppierungen in den Belegschaften zumindest bis heute keine nennenswerte Basis. Buntenbach leugnet nicht, dass bei einem Teil der Beschäftigten rassistische und völkisch-nationalistische Haltungen vorhanden sind. Dagegen gehe man am besten vor, indem man jede Ethnisierung von Konflikten vermeide. Also: «Schuld sind nicht die armen Schweine, wo immer sie auch herkommen, sondern die, die durch Ausbeutung der armen Schweine reich werden.» | slt (Foto: YanVGT/Wikimedia)

### Verdi erkämpft schönes Lohnplus

Die deutsche Gewerkschaft Verdi hat bei den Tarifverhandlungen mit Bund und Kom-

munen guten Erfolg gehabt: Es gibt für die 2,3 Millionen Beschäftigten 7,5 Prozent mehr Geld, verteilt auf drei Schritte. Die erste Erhöhung tritt rückwirkend zum 1. März in Kraft. Für Verdi-Chef Frank Bsirske ist das ein «deutlicher Sprung nach oben». In den Wochen zuvor hatte Verdi zahlreiche Warnstreiks durchgeführt, an denen rund 150 000 Beschäftigte beteiligt waren. Die Mitglieder müssen dem Ergebnis noch zustimmen. | vpod

### Konzernverantwortung soll wirken

«Selbstdeklaration» ist nicht nur bei der Lohngleichheit in Mode. Ähnliches schwebt «wirtschaftsfreundlichen» Politikerinnen und Politikern auch bei der Konzernverantwortungsinitiative vor. Es gibt aber genügend Beispiele, dass das nicht funktioniert. Etwa Glencore: IndustriAll, die internationale Konföderation der Industriegewerkschaften, hat bei einem Besuch der Glencore-Kobaltminen im Kongo «systematische Menschen- und

## Wirtschaftslektion Ältere im Nachteil

Die 55- bis 64-Jährigen machen heute rund 17 Prozent des Personalbestandes in den Schweizer Firmen aus. Deutlich höher ist der Anteil in den durch die öffentliche Hand geprägten Branchen Erziehung/Unterricht, Gesundheits-/Sozialwesen und Verwaltung. Schlecht schneiden hingegen der Finanzsektor und die Informatik ab. Dass der Anteil auf dem Bau unterdurchschnittlich ist, ist gewollt. Wegen der starken körperlichen Beanspruchung wurden Frührentenlösungen wie der FAR eingeführt.

Ältere Arbeitslose haben grosse Mühe, wieder eine Stelle zu finden. Selbst wenn sie eine gute Ausbildung und gute Qualifikationen haben. Auch am Lohn kann es nicht liegen: Eine Studie im Auftrag der Arbeitslosenversicherung zeigt nämlich, dass zahlreiche Stellensuchende auch dann nur

schwer eine Stelle finden, wenn sie bereit sind, ihre Lohnvorstellungen herunterzuschrauben. Deshalb spielen auch die oft kritisierten altersspezifischen Pensionskassenbeiträge kaum eine Rolle.

Ältere Stellensuchende werden schlicht und einfach benachteiligt, weil sie älter sind. Eine Studie des Kantons Zürich über die beruflichen Chancen arbeitsloser Informatiker ab Alter 45 kommt beispielsweise zum Schluss, dass die Betroffenen in der Regel gut qualifiziert sind, aber dennoch keine Arbeit finden. Obwohl viele ältere Stellensuchende von den Personalabteilungen in den Firmen als geeignet betrachtet werden, werden sie dennoch deutlich

weniger häufig angestellt. Die OECD schreibt denn auch, dass die Diskriminierung nach Alter «im Unterschied zu fast allen anderen OECD-Ländern [...] in der Schweiz bis heute legal und relativ verbreitet» ist.

Mit den Leistungsver schlechterungen bei den Pensionskassen und der Invalidenversicherung sind auch frühere «Notausgänge» schwieriger zugänglich. Entlassene Ältere müssen deshalb vermehrt zur Arbeitslosenversicherung und laufen dort Gefahr, ausgesteuert zu werden.

Der SGB verlangt deshalb einen besseren Schutz gegen die missbräuchliche Kündigung von langjährigen älteren Mitarbeitenden, eine bessere soziale Absicherung für Langzeitarbeitslose sowie Massnahmen zur Verbesserung der Chancen bei der Stellensuche.

Anteil 55plus an der Beschäftigung 2017: Gesamtwirtschaft und Branchen (in Prozent der Branchen-Gesamtbeschäftigung)

	Total	Männer	Frauen
<b>Alle Branchen</b>	<b>17%</b>	<b>17%</b>	<b>16%</b>
A Land- und Forstwirtschaft	23%	24%	20%
B-E Verarbeitendes Gewerbe/Energieversorgung	17%	17%	16%
F Baugewerbe	14%	14%	12%
G Handel, Reparaturgewerbe	15%	16%	15%
H Verkehr und Lagerei	20%	21%	18%
I Gastgewerbe	13%	13%	13%
J Information und Kommunikation	12%	13%	8%
K Kredit- und Versicherungsgewerbe	13%	15%	10%
L/N Immobilien, sonst. wirtschaftliche DL	16%	15%	17%
M Freiberufliche, wiss. und techn. DL	13%	15%	11%
O/U Öff. Verwaltung, exterr. Körperschaften	19%	21%	17%
P Erziehung und Unterricht	18%	18%	18%
Q Gesundheits- u. Sozialwesen	19%	20%	19%
R/S/T Kunst, Unterhalt., priv. HH, sonst. DL	19%	19%	19%

Arbeitsrechtverletzungen» festgestellt. Es sind solche Geschäftspraktiken zulasten der Schwächsten, welche die Initiative angreift – und wofür sie die Unterstützung einer überwältigenden Mehrheit der Schweizer Bevölkerung hat. Derzeit befindet sich die Initiative in der parlamentarischen Beratung. Ein valabler Gegenvorschlag liegt auf dem Tisch. Die Wirtschaftskommission des Nationalrates sollte diese Chance ergreifen, sonst wird nicht nur sie einen Reputationsschaden erleiden. | *sgb*

## Nie wieder «Rana Plaza»

Es ist jetzt 5 Jahre her: Am 24. April 2013 ist in einem Aussenbezirk von Dhaka, Bangladesch, der Fabrikkomplex Rana Plaza eingestürzt. 1138 Menschen – überwiegend Textilarbeiterinnen und -arbeiter – fanden den Tod, 2000 wurden teilweise schwer verletzt. Damit sich so etwas nicht wiederholen kann, hat die *Clean Clothes Campaign* ein Gebäudesicherheitsabkommen initiiert. Public Eye

(vormals Erklärung von Bern) beklagt nun, dass von den Schweizer Bekleidungsherstellern bisher nur Tally Weijl unterzeichnet hat. In einem offenen Brief («Nie wieder Rana Plaza») werden die abseitsstehenden Schweizer Unternehmen wie Chicorée, Coop, Mammut, Manor, Migros und Zebra aufgefordert, sich den 145 Firmen anzuschliessen, die das Abkommen tragen. Bereits haben Inspektionsteams 1600 Fabriken unter die Lupe genommen und Gefahren beim Feuerschutz, bei den Installationen und hinsichtlich der Statik identifiziert und abgestellt. | *publiceye*

## Kakao ohne Kinderarbeit

Der sinkende Preis von Kakao auf dem Weltmarkt hat drastische Folgen für die Bauernfamilien. Sie schreiben Verluste, und es gelingt nicht, die im Kakaoanbau nach wie vor verbreitete Kinderarbeit zurückzudrängen. Gleichzeitig machen die Konzerne, von denen viele in der Schweiz ansässig sind, mehr Ge-



Möchte vom Anbau leben können:  
Ghanaische Kakaobäuerin.

winn. Public Eye leitet daraus eine besondere Verantwortung ab und fordert konkrete Massnahmen der Schweizer Firmen zugunsten eines existenzsichernden Einkommens für die Produzierenden. Die wichtigsten Exporteure von Kakao sind die westafrikanischen Länder Ghana und Elfenbeinküste. | *publiceye* (Foto: *Francesco Veronesi/Wikimedia*)

## Wer war's? Jungverstorbene

Wenn jemand auf dem Schaffenshöhepunkt aus dem Leben gerissen wird, überlegt sich die Menschheit, was ihr durch den vorzeitigen Tod entgangen ist. Etwa bei Mozart, der sein Requiem nicht mehr fertigbrachte. Und bei Schubert. Der starb im 32. Lebensjahr, vermutlich an einer Typhusinfektion, dem sein von untauglicher Syphilisbehandlung geschwächter Körper nichts mehr entgegensetzen konnte. Mit seinen «späten» Werken hatte er eben noch die Tür in eine neue Dimension aufgestossen. Was wäre da noch gekommen?

Für die bildende Kunst gilt: Früher Tod steigert die Preise. Trifft zu auf August Macke (starb mit 27), Egon Schiele (mit 28), Jackson Pollock (mit 44), Keith Haring (mit 31). Natürlich sind auch die Umstände des Todes zu bedenken: Macke, der Expressionist, wird im August 1914 zum Krieg eingezogen und fällt bereits im September auf den Schlachtfeldern der Champagne. Kollege Schiele wird 1918 von der Spanischen Grippe dahingerafft. Jackson Pollock, Erfinder des Action Painting, fährt 1956 besoffen mit dem Auto in einen Baum. Keith Haring stirbt 1990 an den Folgen einer HIV-Infektion.

Der Tod von Vincent van Gogh, der 37 Jahre alt wurde, gibt derweil noch immer Rätsel auf. Es existiert eine Unfallthese, aber die meisten gehen von einem Suizid aus. Denkbar ist, dass der Maler sich nicht wirklich die Kugel geben, sondern um Hilfe schreien wollte. Oder brachte er sich um, damit die Preise seiner Gemälde explodieren? Sein Bruder war Kunsthändler und profitierte davon.

Bewusstseinsverändernde Substanzen haben seit je eine Rolle gespielt bei den kreativen Aktivitäten der Menschheit. Eine gewisse Art des Drogenkonsums kann aber wohl als Errungenschaft der 1968er gewertet werden und war besonders in Musikkreisen verbreitet. Diese Lebensweise hat zahlreiche Opfer gefordert, viele im Alter von 27 Jahren. Eines davon, ein weibliches, suchen wir heute. Und wenn wir erwähnen, dass Amy Winehouse 2011 mit 4,16 Promille Alkohol im

Blut gestorben ist und dass Alexandra 1969 Opfer eines selbstverschuldeten Verkehrsunfalls war, ist das Raten nicht mehr schwer. Zu den bekanntesten Titeln der gesuchten Sängerin gehört ein Gebet, mit dem die Lieferung eines deutschen Automobils bestimmter und eines Farbfernsehgeräts beliebiger Marke ganz oben in Auftrag gegeben wird.

So tolle Preise gibt's vorliegend natürlich nicht zu gewinnen, immerhin aber einen Büchergutschein zu 100, einen zu 50 und einen zu 20 Franken. Verteilt werden sie unter jenen, die bis am 31. Mai die richtige Lösung auf einer Postkarte schicken. Und zwar an: VPOD, Redaktion, «Wer war's?», Birmensdorferstrasse 67, Postfach 8279, 8036 Zürich. | *slt*

## Es war Florence Nightingale

Über Florence Nightingale hätte sich natürlich auch anderes berichten lassen als die Tatsache, dass sie anscheinend das Polar-Area-Diagramm, eine Spezialform des Kreis- oder Tortendiagramms, erfunden hat. Ihre Lebensleistung besteht ja darin, die Krankenpflege als eigenständige Profession neben der Medizin etabliert zu haben. Der Krimkrieg (1853-1856), mit dem Nightingales Wirken verbunden ist, war der erste «moderne» Stellungskrieg der Geschichte; er beendete die seit dem Wiener Kongress andauernde Friedensperiode in Europa und zeigte erstmals das neue Gesicht des Kriegs im Industriezeitalter. Es gibt jetzt mehr Tote *neben* als *in* der Schlacht – etwa durch Hunger und Infektionskrankheiten. Solche Zusammenhänge verdeutlichte die mathematisch Begabte mit ihrer Infografik. Ohne Diagramm die Zuteilung der Büchergutscheine: Sie gehen in absteigender Reihenfolge an: Eva Müller-Kälin (Thalwil), Edgard Lienhart (Reinach) und Susanne Vonwiller (Zürich). | *slt*

## VPOD-Landesvorstand vom 13. April 2018

Der Landesvorstand hat

- Erfolge und Herausforderungen ausgewählter VPOD-Regionen (diesmal: Luftverkehr und Freiburg) besprochen.
- die Diskussionen zum Funktionieren und zur Strategie des Verbandes fortgesetzt und die Themen der Präsidentinnen- und Präsidentenkonferenz vom 30. Juni in Olten näher umrissen.
- erörtert, in welcher Weise das Thema «Digitalisierung» im VPOD angegangen werden soll.
- beschlossen, das Referendum gegen die gesetzliche Grundlage zur Überwachung Versicherter im Allgemeinen Teil des Sozialversicherungsrechts zu unterstützen, vorerst mittels Versand des Unterschriftenbogens mit der Verbandspresse.
- das Kampagnenbudget der Sektion Luzern «3 Initiativen für einen starken Service public im ganzen Kanton Luzern» mit geringen Modifikationen gutgeheissen.
- bekräftigt, dass die nationale Kundgebung vom 22. September auch dank Extrazügen zu einer grossen Mobilisierung werden soll.
- den streikenden Eisenbahnerinnen und Eisenbahnern von der SNCF seine Solidarität übermittelt.

Stefan Giger, Generalsekretär

## Zwischen uns keine Grenzen

Alte und neue Kriege verwüsten weiterhin unzählige Regionen dieser Welt, Gewalt und Armut zwingen Millionen in die Flucht. Derweil lagern die europäischen Länder ihre Grenzen in die Ferne aus, so dass das Mittelmeer zum Massengrab für Flüchtlinge wird. Während die Not der Menschen wächst, freut man sich in der EU wie in der Schweiz über die sinkende Anzahl von Asylgesuchen. Aus diesen Gründen rufen für **Samstag, 16. Juni**, über 50 Schweizer Organisationen, unter ihnen auch der VPOD, zur überregionalen Demonstration «Zwischen uns keine Grenzen» auf. Im Zentrum der Kritik stehen ausländerfeindliche Tendenzen der Schweizer Politik, wie sie sich beispielsweise im provisorischen Aufenthaltsstatus manifestieren. Oder bei politischen Initiativen, die explizit darauf ausgerichtet sind, Menschen ohne Schweizer Staatsbürgerschaft weiter zu entrechten.

14 Uhr Besammlung Bern Schützenmatte, ab 16 Uhr Konzerte und Stände auf dem Bundesplatz.

## Rote Köpfe

Der langjährige Präsident des VPOD Solothurn, der unermüdliche und mit gutem Humor gesegnete **Rolf Hasler**, tritt zurück.



Die gebührende Würdigung fand an der Generalversammlung statt, die – genau wie diejenige des VPOD Aargau – die letzte ihrer Art war. Die VPOD-Region Aargau/Solothurn packt nämlich die Chance für eine Neustrukturierung und für eine Reduktion des organisationsbedingten Wiederkäuens. Die Geschäfte führt neu ein gemeinsamer Regionalvorstand mit Kolleginnen und Kollegen aus beiden Kantonen; die bisherigen Sektionsvorstände werden zugunsten einer Stärkung der (näher bei den Mitgliedern stehenden) Gruppen aufgelöst. **Lelia Hunziker** amtiert neu als alleinige Präsidentin der Region.

Bei der Region Zürich gibt es einen Wechsel im Sektionspräsidium: **Andreas Daurù** tritt, wie angekündigt, nach 15 Jahren Vorstandsarbeit (wovon 6 als Präsident) zurück, um sich verstärkt dem Co-Präsidium der SP Kanton Zürich zu widmen. Nachfolgerin wird **Michèle Dünki-Bättig**, die auf Seite 23 dieses Hefts vorgestellt wird.

Auch die Region Basel meldet Mutationen: Es musste Ersatz für den scheidenden Präsidenten **Martin Kaiser** gefunden werden. Der Regionalvorstand schlägt **Samira Marti** vor. Hat man den Namen nicht jüngst in der Presse gelesen? Richtig: Es handelt sich um die designierte Baselbieter Nationalrats-Nachfolgerin von Susanne Leutenegger Oberholzer («SLO»). Marti ist 24 Jahre alt, angehende Ökonomin und derzeit Projektleiterin im Bereich Basiskampagne bei der SP Schweiz. Als Vizepräsident steht der diplomierte Pflegefachmann **Benjamin Urben** parat.



Die Wahlen in der Zürcher Landschaft haben der Linken fast durchwegs gute Resultate beschert. Die Gemeinde Rafz – rechtsrheinisch, aber seit vielen Jahren links regiert – bleibt in SP-Hand. **Kurt Altenburger**, der als VPOD-Zentralsekretär die Branchen Nahverkehr und Bau Land Forst und als VPOD-Regionalsekretär die Region Schaffhausen & Energie betreut, ist dort



neuer Gemeindepräsident. Sehr erfolgreich war auch **Sonia Maccarone**, die bei VPOD Luftverkehr die Administration versieht. Bei den Wahlen in Opfikon-Glattbrugg schaffte sie den Sprung sowohl in die Schulpflege als auch in den Einwohnerrat. Da muss sie sich jetzt entscheiden... In die Reihe der erfolgreichen Kommunalpolitikerinnen gehört auch Michèle Dünki-Bättig (siehe Seite 23).

In Chur zählt **Thomas Hensel**, VPOD-Regionalsekretär, zu jenen, welche die Erinnerung an den Landesstreik von 1918 wachhalten wollen und die dazu die Anbringung einer Gedenktafel vorschlagen (eine auch für andere damalige Streikmetropolen nachahmenswerte Idee). Der Generalstreik fand ja auch in Graubünden statt – vor allem in Davos und in Chur wurde gestreikt. Deshalb soll in Chur künftig eine Informationsplakette an die Ereignisse von 1918 erinnern, die in den Geschichtsbüchern noch immer stiefmütterlich behandelt werden. Der Standort soll laut Gewerkschaftsbund und SP so gewählt werden, dass er der Schnittstelle der Ereignisse entspricht.



Wir bleiben in Graubünden, spulen aber 50 Jahre vorwärts. «Erinnerungen und Erlebnisse» zur «68er-Bewegung in Graubünden» hat VPOD-Kollege **Werner Caviezel** in einem schönen Buch vorgelegt. Das ist sehr verdienstvoll, weil sonst ja immer die Zentren wie Paris, Berlin oder Zürich im Mittelpunkt stehen. Dabei hat 1968 auch in der Diaspora grossen Niederschlag gehabt. Caviezel rollt ein breites Panorama aus; bildungs-, jugend- und umweltpolitische Themen stehen im Vordergrund. Er bietet den Protagonistinnen und Protagonisten aber auch Platz für ihre eigenen Erinnerungen. Besonders hübsch finden wir dieses Bildnis des späteren SP-Nationalrats (und Blocher-Abwahl-Strippenziehers) **Andrea Hämmerle**. Gibt's diese kleidsamen Blusen noch irgendwo zu kaufen? (Das Buch kann beim Autor Werner Caviezel – [kanzlei@anwaltchur.ch](mailto:kanzlei@anwaltchur.ch) – bestellt werden; VPOD-Mitglieder bekommen es exklusiv für 34 Franken inklusive Porto und Verpackung.) | slt (Fotos: zVg; zVg; Mischa Scherrer; zVg; aus dem besprochenen Buch)



Kompetenzstreitigkeiten zwischen Unfallversicherungen wurden zu H.s Gunsten gelöst

# Heiliger Sankt Florian ...

Als H. einige Zeit nach zwei schweren Unfällen, die beide Male die rechte Schulterpartie betrafen, erneut heftige Beschwerden entwickelte, wollte die Unfallversicherung des neuen Arbeitgebers nicht mehr zahlen. Erst der VPOD brachte sie zur Raison. | Text: Sabine Braunschweig (Foto: Infestus 969/Wikimedia)

Kollege H. erlitt in jungen Jahren einen schweren Karateunfall, wobei er sich die rechte Schulter verletzte. Der Heilungsprozess war langwierig, aber nach vielen Jahren konnte die Suva die Zahlungen abschliessen. H. war wieder einigermaßen hergestellt und musste nur noch gelegentlich Schmerzmittel einnehmen. Doch H. hatte Pech und rutschte im folgenden Winter auf Glatteis aus. Er stürzte und verletzte sich erneut – und natürlich prompt an der vorbelasteten rechten Schulter.

Wieder waren operative Eingriffe nötig. Jetzt war eine andere Unfallversicherung, die Asekuro (Name geändert), für die Taggeldansprüche zuständig, weil H. inzwischen an einem anderen Ort arbeitete. Es ging vorerst gut, aber einige Jahre später traten erneut unangenehme Schmerzen im Bereich des Schultergelenks und des Schlüsselbeins auf, die keiner Therapie weichen wollten. Nach zahlreichen Abklärungen befand der Arzt, dass im Moment zwar keine Operation angezeigt sei, aber dass die Situation «sehr komplex» sei. Zu diesem Zeitpunkt verfügte die Asekuro, keine weiteren Behandlungskosten zu übernehmen. Sie zahle nur für die Folgen des zweiten Unfalls, den Sturz auf vereister Strasse. Die neuesten Schulterschmerzen hingegen stünden mit der alten Karategeschichte im Zusammenhang – und dafür sei bitte schön die Suva zuständig. Gegen diese Verfügung der Asekuro stellte Kollege H. beim VPOD ein Gesuch um Rechtsschutz.

## Eine Einsprache nach der anderen

Der Vertrauensanwalt erhob Einsprache. Weil bereits früher umstritten gewesen sei, welcher der beiden Unfallversicherer in H.s Fall zahlen müsse, habe seinerzeit ein Arzt sein Gutachten abgegeben. Die Situation sei

*Heiliger Sankt Florian, verschon mein Haus... Die Feuerwehr Boizenburg (Mecklenburg) hat das Prinzip der Hilfe besser kapiert als manche Schweizer Versicherung.*

**In unserer Serie «Hier half der VPOD» stellen wir exemplarisch interessante Konfliktfälle vor. Zur Darstellung von juristischen Verfahren – die Rechtshilfeabteilung des VPOD hat schon vielen Mitgliedern zu ihrem Recht verholfen und gibt dafür jährlich über eine halbe Million Franken aus – gesellen sich Berichte über Fälle, bei denen eine sonstige Intervention des VPOD Erfolg brachte.**

das Resultat beider Unfälle, sagte dieser damals. Die Suva müsse also zum Bericht der Asekuro Stellung nehmen können. Deren Arzt hatte H. aber gar nicht persönlich untersucht, sondern seine Empfehlung allein auf die Akten abgestellt. Daher sei es sinnvoll, ein Erstgutachten des behandelnden Arztes einzuholen. Ein Zweitgutachten könne dann der Arzt der Einsprachestelle vornehmen.

Auch H.s Krankenkasse war nicht gewillt, die Behandlungskosten zu übernehmen, und erhob ihrerseits Einsprache gegen die Verfügung der Asekuro. Sie argumentierte, dass die andauernden Schulterbeschwerden Unfallfolgen seien und gewiss keine Krankheit als Ursache hätten. Schliesslich reichte auch die Suva vorsorglich Einsprache ein. Gemäss der eidgenössischen Verordnung über die Unfallversicherung sei bei einem



Kompetenzkonflikt von Versicherungen diejenige Versicherung zuständig, die am zweiten Unfallereignis zeitlich näher dran sei. Bei H.s erstem Unfall im Karatetraining hatte die Suva bis zur Wiederherstellung der Arbeitsfähigkeit bezahlt. Diesmal habe die Asekuro als zuletzt zuständiger Unfallversicherer die Kosten zu übernehmen.

## Leistungen wieder aufgenommen

Die Asekuro verlangte nach diesen drei Einsprachen eine erneute Begutachtung. Der Mediziner kam zu dem weisen Schluss, dass die Verschlechterung von H.s körperlichem Befinden zu 25 Prozent dem ersten und zu 75 Prozent dem zweiten Unfall zuzuschreiben sei. Dies bewog die Asekuro, ihre Verfügung zurückzuziehen und ihre Leistungen an H. wieder aufzunehmen.

Wiederaufbau nach dem schweren Erdbeben im Bergland von Nepal

# Solidar bi de Lüt

**Das schwere Erdbeben von 2015 hat in gewissen Gegenden Nepals alle Häuser einstürzen lassen. Tek Nath Acharya sorgt beim Wiederaufbau für den Kontakt mit der lokalen Bevölkerung. Die neuen Häuser sollen erdbebensicher sein – und den Leuten vor Ort gefallen.** | Text: Sandra Aeschlimann und Katja Schurter (Foto: Solidar)

Nach der Arbeit sitzen wir im Melamchi Guesthouse. Wie immer ist Tek Nath Acharya mit von der Partie. Seine Familie kann er nur selten besuchen, sie wohnt eine dreitägige Busreise entfernt. Er kommt aus einem kleinen Dorf im Distrikt Rolpa, einer der ärmsten Gegenden Nepals. Natürlich vermisst er seine Frau und seine Söhne (9 und 5 Jahre alt). Aber man muss dort arbeiten, wo es Arbeit gibt. «What can do», sagt Tek Nath Acharya in seinem holprigen Englisch und lacht. «Ich muss meine Familie unterstützen. Und ich bin froh, so arbeiten zu können, denn meine Erfahrung dient der Gemeinschaft.»

Genau wie die Heimatregion Acharyas ist auch Melamchi hügelig. Die Wege zu den Dörfern, in denen Solidar Suisse die Menschen beim Wiederaufbau nach dem verheerenden Erdbeben von 2015 unterstützt, sind schmal und steil. Um die abgelegenen Familien zu erreichen, wandert Tek Nath durchschnittlich zwei Stunden im Tag. Denn er ist seit März 2016 für die *Social Mobilisers* zuständig, die den Kontakt mit der Bevölkerung gewährleisten, sie bei Problemen unterstützen und die Arbeit koordinieren. Genau der richtige Job für den umgänglichen Mann, der auch in Stresssituationen ruhig bleibt und die Armen als seine Universität bezeichnet.

## Chef und Freund

Diese Position verlangt eine ausgeprägte Fähigkeit zum Zuhören. Empathie und Verhandlungsgeschick sind gleichermassen nötig. Tek Nath's respektvolle Herangehensweise bewährt sich auch im Umgang mit den *Social Mobilisers*. Er sieht sich weniger als ihr Chef denn als ein Freund, der sie dabei unterstützt, Prioritäten zu setzen und ihre Ziele zu erreichen – und der auch von ihnen lernen kann. Die Arbeit der *Social Mobilisers* trägt entscheidend dazu bei, dass das Projekt die wirklichen Sorgen und Nöte der Bedürftigen berücksichtigt. Tek Nath ist überzeugt: «Wir erreichen die Ärmsten.»

Die Allerärmsten? Herauszufinden, wer das ist, ist nicht einfach in einer Region, wo fast alle arm sind. Um zu entscheiden, wer zuerst Unterstützung bekommt, wurden die Bedürfnisse jedes einzelnen Haushalts erhoben. Wer mit dem Resultat nicht einverstanden war, konnte sich beschweren: «Wir haben 800 Beschwerden überprüft – im direkten Gespräch, per Telefon und in öffentlichen Diskussionen, an denen die lokalen Autoritäten anwesend waren. 70 Prozent erwiesen sich als unbegründet, bei 30 Prozent haben wir die Auswahl verändert.» Dieses sorgfältige Vorgehen hat viel zur Akzeptanz der Solidar-Arbeit beigetragen.

## Den Ton treffen

Und auch Leute wie Tek Nath sind ausschlaggebend für den Erfolg des Projekts. Der 42-Jährige mit einem Master in ländlicher Entwicklung kommt selbst aus einer armen Familie und kennt die Probleme, die mit der Armut verbunden sind. Er weiss auch, wie wichtig es ist, die richtige Sprache und den richtigen Ton zu treffen, um unterschiedli-

che Menschen anzusprechen. Um respektvoll und bescheiden auftreten zu können, müsse er die Lebensumstände, den Glauben und die Traditionen des Gegenübers kennen. Dieses Wissen ist beim Wiederaufbau in einer Erdbebenregion von zentraler Bedeutung.

Tak Nath musste die Menschen beispielsweise davon überzeugen, dass es nicht die Verwendung lokaler Baumaterialien wie Stein, Holz und Schlickmörtel war, die zum Einsturz von 98 Prozent der Häuser in der Region geführt hat. Vielmehr war die Konstruktionsweise schuld, die nicht erdbebensicher war. Das Design der neuen, erdbebensicheren Häuser fand bei der Dorfbevölkerung zunächst keinen Anklang. «Es brauchte unzählige Dorfversammlungen, um den Leuten verständlich zu machen, dass die Häuser auch dann sicher sind, wenn wie bisher lokale Materialien verwendet werden», erzählt Tek Nath. Doch jetzt sind die Menschen glücklich: «Sie haben diesen Winter ein sicheres Zuhause. Ohne unsere Unterstützung hätten sie vielleicht ihre Häuser nicht wieder aufbauen können.»

*Tak Nath Acharya leistet Überzeugungsarbeit bei der Dorfbevölkerung.*



Michèle Dünki-Bättig, Informations- und Dokumentationsfachfrau, neue Präsidentin der VPOD-Sektion Zürich Kanton

# Dorfjugend

**Michèle Dünki-Bättig, die neue Präsidentin der VPOD-Sektion Zürich Kanton, ist mit hohem Tempo unterwegs – in ihrem Job beim Bibliotheksverbund Nebis ebenso wie in der Gemeinde- und der Kantonspolitik.**

| Text: Christoph Schlatter (Foto: Alexander Egger)

Der Schweizer Bibliotheksnutzerin ist «Nebis» ein durchaus geläufiger Begriff. Hinter der Abkürzung verbirgt sich das «Netzwerk von Bibliotheken und Informationsstellen in der Schweiz», ein Verbund von rund 140 Büchereien in der ganzen Schweiz, die gegen 15 Millionen Dokumente besitzen. *Haben* ist das eine, *Zugänglichmachen* ein anderes: Wer ein bestimmtes Buch ausleihen will, möchte ja in kurzer Zeit wissen, wo es zu finden ist. Und wer Literatur zu einem bestimmten Thema sucht, freut sich, wenn Relevantes oben und Abwegiges am Ende der Liste erscheint. Die Gestaltung der Anwenderoberfläche nimmt im Pflichtenheft von Michèle Dünki-Bättig, Leiterin der Nebis-Verbundzentrale, eine wichtige Position ein.

*Erfolgreich im Beruf und in allerlei Wahlen: Michèle Dünki-Bättig.*



## Ein Mann, zwei Katzen

Man kann sich vorstellen, dass es eine ziemliche Herkulesaufgabe ist, die so unterschiedlich grossen und unterschiedlich aufgestellten Bibliotheken auf ein gemeinsames Regelwerk zu trimmen – und auf dessen präzise gleiche Anwendung. Der Teufel steckt ja auch hier im Detail, im fremdsprachigen Sonderzeichen oder im aperiodisch erscheinenden Periodikum. Die Probe aufs Exempel, die Suche nach «VPOD – Die Gewerkschaft», ergibt: Tatsächlich ist das Verbandsorgan in mehreren Nebis-Bibliotheken vorhanden. Als Titelvariante nennt Nebis netterweise «VPOD-Magazin», auch Erscheinungsort, -art und -jahre sind korrekt verzeichnet. Die Schlagwörter «Gewerkschaftspresse», «Gewerkschaft», «öffentlicher Dienst», «Schweiz» beschreiben das Wesentliche. Und wer dringend die jüngste Ausgabe lesen will, erfährt, dass diese bei der Museumsgesellschaft und im Schweizerischen Sozialarchiv im Lesesaal ausliegt.

Es ist die grosse Geschichte von Vereinheitlichung und Zentralisierung, die auch hinter Nebis steckt. Aus den Zettelkästen von zig Bibliotheken wurde ein gemeinsamer elektronischer Katalog. Der Prozess ist nicht abgeschlossen; auch Nebis wird bald selber

Geschichte sein und in einer noch grösseren Einheit aufgehen. Das bedeutet für die Beschäftigten des Verbundes Unsicherheit, auch wenn die «Swiss Library Service Platform» gewiss ebenfalls Personal benötigen wird. Michèle Dünki-Bättig macht sich einstweilen keine Sorgen. Sie ist erst 28 und muss für niemanden aufkommen (der Ehemann verdient sein eigenes Geld, und die Betreuungsaufgaben beschränken sich auf zwei Katzen).

Nicht nur beruflich, sondern auch politisch ist die Kollegin mit enormem Tempo unterwegs. Soeben hat sie den Sprung in die Exekutive von Glattfelden geschafft. Glattfelden? Die 5000-Seelen-Gemeinde ist die letzte Station auf dem Weg des Flüsschens Glatt in den Rhein; berühmtestes Kind des Dorfes ist (bisher) Gottfried Keller, der zwar selber nie in Glattfelden gewohnt, aber doch viel Zeit im Heimatort seiner Eltern verbracht hat, den er auch im «Grünen Heinrich» beschreibt: «Endlich sah ich das Dorf zu meinen Füßen liegen in einem grünen Wiesentale, welches von den Krümmungen eines leuchtenden kleinen Flusses durchzogen und von belaubten Bergen umgeben war. Die Abendsonne

lag warm auf dem Tale, die Kamine rauchten freundlich, einzelne Rufe klangen herüber.» Heute kämpft Glattfelden wie andere Orte der Agglomeration gegen das Herabsinken zum reinen Schlafdorf. Durchaus mit gutem Erfolg, wie Michèle Dünki-Bättig findet.

## Schwerpunkt Gleichstellung

Sie jedenfalls tut das ihre zu einem lebendigen Vereinsleben. Nur dass halt die SP der Club ihrer Wahl war, als sie zuzog. Das typische Schicksal fähiger Nachwuchskräfte auf dem Dorfe nahm seinen unaufhaltsamen Lauf: 2011 Präsidentin SP Glattfelden, 2014 Wahl in die Rechnungsprüfungskommission, 2015 Wahl in den Kantonsrat, 2017 Wahl in die kantonale Gleichstellungskommission (womit ein politischer Arbeitsschwerpunkt von Michèle Dünki-Bättig angedeutet ist, der sich auch in der Gründung eines Frauennetzwerkes Zürcher Unterland widerspiegelt). Der Eintritt in den VPOD erfolgte vergleichsweise spät. Aber auch in der Gewerkschaft wurden der Kollegin sofort spezielle Ämtli zugetragen oder -gewiesen. Und jüngst jetzt eben das Präsidium der Zürcher Kantonssektion.



HOTEL RISTORANTE  
**i GRAPPOLI**



[www.grappoli.ch](http://www.grappoli.ch)

Folgen Sie uns auf 

## EINE RUHIGE OASE IM GRÜNEN UNSER HOTEL IST...IHR HOTEL!

**Für Ihren Aufenthalt: Ermässigungen für VPOD-Mitglieder**

### Hotel:

15% Rabatt auf Last-Minute-Angebote  
25% Rabatt auf Preisliste

### Bungalow:

15% Rabatt auf Last-Minute-Angebote  
20% Rabatt auf Preisliste

# Frühlingsangebot

bis 30. Juni 2018

## 3 Übernachtungen

in Doppelzimmer Standard zum Preis von CHF ~~360.-~~ 305.- P.P.  
in Doppelzimmer Superior zum Preis von CHF ~~390.-~~ 330.-P.P.

### Der Preis beinhaltet:

3 Übernachtungen im Doppelzimmer  
Frühstücksbuffet  
1 „Gourmetmenu“ (Vier-Gänge-Abendessen)  
2 Drei-Gänge-Abendessen  
1 Flasche Merlot



Hotel Ristorante i Grappoli • 6997 Sessa  
Tel. 091 608 11 87 • Fax 091 608 26 41  
[info@grappoli.ch](mailto:info@grappoli.ch) • [www.grappoli.ch](http://www.grappoli.ch)



AZB Postfach 8279, 8036 Zürich

## VPOD Bildungspolitik Nr. 206 ist soeben erschienen



Der Schwerpunkt der neuen Ausgabe der VPOD Bildungspolitik widmet sich dem Thema «Gute Tagesschulen für Kinder und Jugendliche». Für die Schulentwicklung braucht es Dialog und Partizipation.

### VPOD Bildungspolitik

Seit über 40 Jahren die kritische gewerkschaftliche Zeitschrift in der Bildungspolitik.

Ein Jahresabonnement umfasst 5 Ausgaben und kostet 40 Franken.

### Kontakt und weitere Informationen unter:

[redaktion@vpod-bildungspolitik.ch](mailto:redaktion@vpod-bildungspolitik.ch)  
[www.vpod-bildungspolitik.ch](http://www.vpod-bildungspolitik.ch)  
VPOD Bildungspolitik, Postfach 8279, 8036 Zürich



## Impressum

**Herausgeber:** VPOD

**Generalsekretär:** Stefan Giger

**Redaktion:** Christoph Schlatter |s/t

**Sekretariat:** Hilde Bigler

VPOD-Zentralsekretariat  
Birmensdorferstrasse 67, 8004 Zürich  
Postfach 8279, 8036 Zürich  
Telefon 044 266 52 52  
Fax 044 266 52 53  
[redaktion@vpod-ssp.ch](mailto:redaktion@vpod-ssp.ch)  
[www.vpod.ch](http://www.vpod.ch)

**Erscheint 10-mal pro Jahr**

**Satz, Druck und Spedition:**  
gdz AG, Zürich

**Auflage:** rund 20000 Exemplare

**Anzeigenregie:**  
VPOD-Zentralsekretariat  
Birmensdorferstrasse 67, 8036 Zürich  
Postfach 8279, Telefon 044 266 52 52  
Fax 044 266 52 53  
[hilde.bigler@vpod-ssp.ch](mailto:hilde.bigler@vpod-ssp.ch)

Platzvorschriften unverbindlich

